

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 17. Juni 1911.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergnügungsinserte ufm. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 67.

Hannover — Hamburg.

V.

Nun ist Hannover zum zweiten Male der Ausgangspunkt einer Reform in unserer Organisation geworden. Die 1879 dortselbst abgehaltene erste Generalversammlung des ehemaligen Unterstützungsvereins brachte eine bedeutungsvolle Ausgestaltung der Unterstützungseinrichtungen, indem die erst Jahrzehnte später als wichtiges Mittel der Gewerkschaften allgemein erkannte, selbst aber jetzt noch von einzelnen Arbeiterkreisen ablehnend beurteilte Arbeitslosenunterstützung Ausnahme fand und der argen Zersplitterung im Krankenunterstützungswesen durch einen prinzipiellen Beschluß auf Herbeiführung der Zentralisierung ein bald danach eintretendes Ende bereitet wurde. Wir wissen aus der Verbandsgeschichte, daß diese weittragenden Beschlüsse der Organisation kräftig aufgeholten haben.

Vor vier Wochen standen die Delegierten abermals vor einem großen Bündel von Wänderungsanträgen, die sich auf die Unterstützungseinrichtungen und in besonderer auf deren Leistungen bezogen. Der Zeitpunkt dazu war wirklich schlecht gewählt. Im Augenblick einer mit großen Schwierigkeiten verbundenen Tarifrevision kann das in einer Gewerkschaft doch erst an zweiter Stelle rangierende Unterstützungswesen auf keinen Fall in den Vordergrund gestellt werden. Die dazu vorliegenden vielen Anträge, von nicht weniger als 175 Mitgliedschaften gestellt, liefen aber darauf hinaus, wenn das auch nicht in der Absicht der Antragsteller gelegen haben mag. Wenn vom Vorstandstische da einige scharfe Richter aufgesteckt und unverblümt erklärt wurde, daß der Verband kein Unterstützungsverein, sondern eine Gewerkschaft ist, und daß in einer solchen das Unterstützungswesen nicht überwuchern dürfe, so war dieser Appell zur Selbstbesinnung durchaus am Platze. Die manchmal völlige Außerachtlassung der Leistungsfähigkeit selbst einer Organisation von dem guten Fundamente der Kräfte zwingt nicht minder zu einer so zweifelhaften Erklärung der Verbandslitung. Die Eiferische Aufstellung über die Belastung der einzelnen Unterstützungszweige mußte schließlich auch den letzten vor dem Wahne kurieren, die vorhandenen acht Millionen machten die Erfüllung der nicht selten von einer ebenso falschen Auffassung der gewerkschaftlichen Aufgaben wie von nicht gerade lobesamer Bescheidenheit zeugenden Unterstützungsanträge schon zur Leichtigkeit.

Man kann indes auch hier den Delegierten die Anerkennung nicht versagen, daß sie die Interessen des großen Ganzen höher stellten als die lokalen Wünsche und schließlich in den Vorschlag willigten, die weitgeschichtete Materie bis 1914 zu vertagen und dann ganze Arbeit zu machen. Damit hat die Generalversammlung von 1911 den Fehel angelegt zu einer Verfassungsreform des Verbandes im großen. Gewiß ein eigenartiges Zusammentreffen, daß Hannover zum zweiten Male die Richtlinien zu einer inneren Reorganisation gegeben hat.

Der Verbandsvorstand hat ein tüchtiges Stück Arbeit mit diesem Reformwerk aufgetragen erhalten, denn es handelt sich um mehr als um eine Revision der Unterstützungsbestimmungen: das ganze Statut samt den Vorstandsbefehlen soll einer

gründlichen Durch- und Umarbeitung unterzogen werden. Und wenn es sich auf dem Unterstützungsgebiete selbstverständlich nicht darum handeln kann, etwa neue Zweige einzuführen, wie diesmal zwei Anträge auf Einführung einer Witwen- und Waisenkasse — es ist kaum noch festzustellen, wie oft schon im Laufe der Jahrzehnte dieser Wunsch abschlägig beschieden werden mußte! — es bezweckten, auch nicht darum, die übrigen Unterstützungen in allen Staffeln zu erhöhen, so muß dennoch hier von Grund aus gearbeitet werden. Auf dem Unterstützungsgebiete bestehen, wie die verschiedensten Redner mit Recht betonten, bei uns Härten und Ungleichheiten, und zwar bei allen Kassenzweigen. Die Verhältnisse liegen ja für unsere Organisation heute erfreulicherweise günstiger als bei Schaffung der einzelnen Bestimmungen. Wir sind jetzt in gewissen Punkten so freigebig, wie auch nur entfernt liberale Bedingungen man in keiner andern Gewerkschaft, in keiner Beamtenkasse und in keinem Zweige der staatlichen Versicherungsgesetzgebung wieder antrifft. Hier muß ein Ausgleich eintreten, und auf diese Weise kann auch den andern Wünschen nach einer zeitgemäßen Reform der Unterstützungssätze entsprochen werden. Eine allgemeine Erhöhung der Unterstützungsquote durch anderweitige statutarische Bestimmungen ist jedoch ausgeschlossen. Unsere Unterstützungseinrichtungen verschlingen, wie sich aus einer Gegenüberstellung der Leistungen in den Jahren 1905—1907 und 1908 bis 1910 ganz offenkundig ergibt, durch den enormen Mitgliederzuwachs einerseits und die dauernd hohe Arbeitslosigkeit andererseits so ungeheure Summen, daß von einer andern als der sich aus den angeführten beiden Momenten auch künftig ergebenden respektablen Erhöhung vollständig abgesehen werden muß. Beträgt doch das Mehr der Ausgaben für Unterstützungen von der vorletzten bis zur letzten Generalversammlungperiode 2 071 960 Mark! Die beschlossene Revision kann sich also wohl nur innerhalb des jetzigen prozentualen Kopfanteils an den einzelnen Kassenleistungen bewegen. Aber es läßt sich auf diese Weise doch manches erreichen und mancher berechtigte Wunsch namentlich der älteren Kollegen erfüllen. Nach den bis zum 15. Juni vorliegenden Versammlungsberichten, die manchmal recht verschleierte Klänge — wir meinen damit nicht die tariflichen Punkte —, wie auch nach den bis jetzt eingegangenen weiteren Gantagsberichten haben mit verschwindenden Ausnahmen die Mitglieder dem in Hannover in dieser Beziehung in die Wege geleiteten auch Verständnis entgegengebracht.

Voran sich aber mitunter die Kollegen gestossen haben, ist wirklich bezeichnend. Kurz vor Redaktionsschluss gehen uns noch zwei Berichte zu: der über den elsäß-lothringischen Gantag und einer über die Versammlung des Bezirks Erfurt in Jümenau. In Straßburg beliebte man (wir werden in den Berichten die betreffenden Stellen streichen, um Wiederholungen zu vermeiden) am 5. Juni Vergleiche zu ziehen zwischen dem Berichte des „Korr.“ über die Generalversammlung und dem über die Festlichkeiten in Hannover. Von der gegenwärtigen Artikelserie waren zu der Zeit erst zwei Rückblicke, denn um solche und nicht um Berichte handelt es sich, erschienen. Der erste be-

sprach die Art der Berichterstattung über die Tagung von Hannover und brachte in seiner zweiten Hälfte die ersten Nachrichten von der Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins; auf unsrer Generalversammlung selbst wurde noch so gut wie gar nicht eingegangen. Im zweiten Artikel behandelten wir das auf idealer Höhe sich bewegende kollegiale und gesellige Milieu von Hannover. Das war ein Akt der Gerechtigkeit den Hannoverern und Silberheimer Kollegen gegenüber. Denn wenn jahraus jahrein so viele Mitgliedschaften sich nicht genug tun können in Vergnügungen und mit der Berichterstattung darüber, so kann wohl auch die Redaktion aller drei Jahre ihren Senf dazu geben, noch dazu, wenn es sich um eineinseitig wirklich großzügige, andererseits um wahrhaft kollegiale Veranstaltungen handelt wie in Hannover und Silberheim. Auf dem Gantag in Straßburg wurde aber bereits am 5. Juni, nach dem zweiten Artikel, Kritik geübt, als noch kein Mensch wissen konnte, was die bis zum 24. Juni sich mindestens ausdehnende Artikelserie alles enthalten wird! Die Kollegen des Bezirks Erfurt legten hingegen in ihrer Versammlung am 11. Juni anscheinend den Schwerpunkt gerade auf den geselligen Teil von Hannover, sintermalen die Geschmäcker ja so recht verschieden sind. Es heißt in dem eingegangenen Berichte nämlich wörtlich: „Allgemein verurteilt wird das Mitwirken der ‚deutschen‘ Kollegenturner bei den Generalversammlungsaktivitäten“. Wir würden diese Stelle glatt dem Kofstiffe verfallen lassen, wenn ein einzelner Redner es sich nicht hätte verkneifen können, eine solche Geschmads- und Taktlosigkeit zu begehen. Da jedoch von einer allgemeinen Verurteilung die Rede ist, bekommt die Sache ein andres, beileibe aber kein besseres Aussehen. Grundsfählich steht es jedem Turner, Radler, Fußballspieler, Schwimmer, Naturheilvereiner, Kragler, Stat-, Schaftopf-, Tarock- oder Schachspieler aus unsern Reihen frei, sich sportlich „rot“ oder „blau“ zu betätigen. Wen der Unbild eines sogenannten blauen Sportmanns schon aus dem Konzepte bringt, mit dessen innerer Festigkeit ist es wirklich nicht weit her. Allgemeine Regeln oder Verbote lassen sich da nicht statuieren. Es muß auch hier dem eignen Empfinden und dem eignen Geschmads überlassen bleiben, sich in einem aus Arbeitern zusammensetzenden derartigen Vereine wohl zu fühlen oder in einem, wo mit Hurra- und Vivatrufen ein ansehnlicher Teil der Lungenkraft verbraucht wird. In Hannover lag die Sache jedoch ganz anders, wie auf der Erfurter Versammlung vermutet und dann munter drauflos verurteilt worden ist. Ein Verein der deutschen Turnerschaft hatte sich zwar erboten, zu dem Gartenfest im „Parkhaus“ — nur diese eine Veranstaltung kommt in Betracht — eine Musterriege zu stellen. Das wurde vom Ausschusse dankend abgelehnt, aber von dem Anerbieten Gebrauch gemacht, eine nur aus Verbandsmitgliedern bestehende kombinierte Riege mitwirken zu lassen, die denn auch ihre Sache tadellos gemacht hat. Diese „Verbandsturnermusterriege“ setzte sich nun aus freien und aus andern Turnern zusammen, und weder sie noch die das dankbare Publikum bildenden Kollegen haben dadurch Schaden an ihrer Seele genommen.

Wenn daher auf dem über Pfingsten in Hannover abgehaltenen Bundestage des Arbeiterturnerbundes

laut Bericht im „Vorwärts“ vom 10. Juni gesagt wurde: Marx (Rheingönheim) bezeichnet es für die Buchdrucker beschämend, daß auf ihrer Generalversammlung die Deutsche Turnerschaft zu den festlichen Veranstaltungen herangezogen worden ist“, so wurde damit eine ganz unzutreffende und ungeschickliche Behauptung aufgestellt. Sollte es wahr sein, was uns mitgeteilt wird, daß dieser Marx gar ein Kollege ist, so mag er besänftigt in ein stilles Kämmerlein gehen und dort Ruhe tun. Bänder Eifer schadet nur und blinde Kritik beschämt immer. Wir müssen aber dahin streben, die Kritik in unsern Versammlungen auf ein höheres Niveau zu bringen. Im Erfurter wie im Straßburger Falle bewegte sie sich in den berührten Punkten in anderer Richtung. Nach dieser gegungeneren Abschweifung nun zurück zum eigentlichen Thema.

Daß unsere Verfassungsreform auch auf die Beseitigung des ganzen Zuschußklassenwesens wie der besonderen Unterstellungen der Sparten und der aus lokalen Mitteln abzieht, sei bei dieser Gelegenheit bereits mit allem Nachdrucke betont. Es läßt sich nur mit Bedauern konstatieren, daß in dieser Beziehung keineswegs die beste Disziplin bei uns zu beobachten gewesen ist. Die Generalversammlungen von Dresden und Köln haben in dieser Frage eine unzweideutige Stellung eingenommen. Man hat sich aber wenig danach gerichtet, ist vielmehr an manchen Orten auf dem Wege dieser ungesunden Dezentralisation fortgeschritten, und was wir an Debatten im „Korr.“ vor der Generalversammlung über die Zuschußklassen erlebt haben, und was sich inzwischen in einem Gau nach Hannover abgespielt hat, läßt auch jetzt nicht darauf schließen, daß der Gedanke einer strafferen Zentralisation auf dem Unterstellungsgebiete fester Wurzel gefaßt hat. Wir sind in diesem Falle noch zu sehr Partikularisten, Lokalisten und — Egoisten! Da stehen wohl einzelne auf und erheben ihre Stimme gegen die mit allen Zuschüssen verbundenen Ungerechtigkeiten den Nichtausführenden gegenüber, wie wir uns einmal ausdrücken möchten, aber der meisten Denken bewegt sich hier in ganz anderer Richtung. Wenn jetzt, wie wir hier, das Bestreben auftritt, die Gauausführer für Arbeitslose nach ihrer Vereinstellung auf den Verband zu übertragen (sie würden übrigens einer nochmaligen eingehenden Durchsicht in Hannover unterzogen), was mangels der noch nicht gegebenen rechnerischen Unterlagen aber als verfehlt bezeichnet wurde, so ist doch damit ausgesprochen, wie wenig man von derlei Zuschüssen hält und daß auch hier es heißen muß, wie ein bei uns eingefügt gewordenes Wort besagt: Alles für, alles durch den Verband! Es kann also mit Bestimmtheit

heit darauf gerechnet werden, daß die große Statutrevision mit so manchem alten Brauch aus Großvaters Zeiten aufräumt und der Geist der Beseitigung in unsern Kassen- und Finanzwirtschaft endlich einmal gebannt wird; daß aber das wirtschaftliche Gute auf den Verband übergeht unter selbstverständlicher Erweiterung der Gegenleistungen von Seiten der Organisation. Wonach in den drei Jahren bis Danzig streng zu achten ist, andernfalls es gewünschte Hoffnungen und Enttäuschungen geben wird.

Neben der unter tätiger Mitwirkung der Gauvorsteher — und als Begutachter wohl auch der Gaukassierer — zu schaffenden „Finanzreform“ wird auch eine einschneidende Mänderung unser Verfassung im allgemeinen als Folge des Beschlusses von Hannover stattfinden. Es ist da dem Verbandsvorstande gewissermaßen carte blanche erteilt worden. Um aber von dem weittragenden Charakter der Statutrevision einen ungefähren Begriff zu erhalten, wollen wir folgende, zur Berücksichtigung schon von der hannoverschen Generalversammlung empfohlene hauptsächlichste Punkte nennen: Neueinteilung der Gauen und eventuelle Anstellung der Gauvorsteher von Verbands wegen, Vertretungsmodus für die Generalversammlungen, „Korr.“-Obligatorium (dessen Nichterführung in Hannover in verschiedenen Mitgliedschaften bestimmt hat) und eine Anzahl von Spartenwünschen. Daneben läuft dann noch so ziemlich alles, was nur irgendwie für die Organisation von Belang ist. Die Verbandsleitung steht also vor der großen Aufgabe, eine in puncto Vielseitigkeit, Bedeutung und Verantwortlichkeit ungemein schwierige Vorlage ausarbeiten zu müssen; von einer solchen Reform wird ja immer alles Heil erwartet. Aber auch der sich mit dieser umfangreichen Materie zu befassenden Gauvorsteherkonferenz ist eine außerordentliche Betätigung zugewiesen. Wir dürfen jedoch dieser Reform mit ganz andern Gefühlen entgegensehen, als wenn das Deutsche Reich aus Reformieren geht.

Die Frage des graphischen Industriearbeiterverbandes hat Graßmann so behandelt, wie es nach dem Stande der Dinge gar nicht anders möglich und für die gegenseitigen guten Beziehungen zwischen den Vorständen und den Organisationen des gesamten graphischen Gewerbes jedenfalls auch am zuträglichsten war. Es wird selten eine so große Differenzierung der wirtschaftlichen Verhältnisse wie der Arbeitszweige und Arbeitsmethoden eines Gewerbes, seiner Tarife, der Zusammenfassung der Organisationen, ihrer Leistungen an sie und ihrer Gegenleistungen sowie auch ihrer finanziellen Ausrichtung anzutreffen sein wie bei den Graphikern.

Bei solch immensen Komplexiertheiten darf man eben nicht über den Kamm scheren. Wenn 1892 in der nach dem Falle des Sozialistengesetzes trotz Verbindungsverbot weltumfassenden Stimmung ein voreiliger Schritt getan wurde, so hat die Folgezeit etwas andres, vor allem aber das gelehrt, daß solche Überstürzungen für die praktische Tagesarbeit noch immer ein Fehlschlag waren. Frau Thiede hat unsern Erachtens am zutreffendsten exemplifiziert durch den Hinweis auf die außerordentlichen Schwierigkeiten, die eine Generalversammlung unseres Verbandes jetzt schon bietet, wobei an eine besondere Schärfe oder Leidenschaftlichkeit der Debatten noch gar nicht einmal gedacht zu werden braucht. Was würde erst werden, wenn dieser Apparat noch wesentlich vergrößert, durch Hinzutreten der übrigen graphischen Berufe mit ihren sachlichen Besonderheiten diese Schwierigkeiten noch eine gewaltige Steigerung erfahren würden? In andern Industrien liegen die Verhältnisse eben einfacher und der Fabrikarbeiterverband hat dort nicht die Bedeutung eines so großen Problems, wenn auch diese Frage bei den anderen Organisationen keineswegs immer eine glatte Lösung findet, wie aus den Diskussionen in den Gewerkschaftsblättern und an den Debatten auf deren Generalversammlungen deutlich zu ersehen ist. Die Vorstände der graphischen Verbände stehen jetzt erfreulicherweise in einem so innigen Kontakte miteinander, daß eine noch bessere Verständigung der einfachste und beste Weg ist, bei dem alle Teile gut fahren werden.

Wie mit den Vorständen der graphischen Organisationen, so läßt auch das Verhältnis zu den Verbandsleitungen der uns schon sprachlich näherstehenden ausländischen Buchdruckerorganisationen nichts zu wünschen übrig. Die am Vorabend der Generalversammlung gepflogene Aussprache zeigte so recht den Wert einer persönlichen Erledigung schwebender Fragen oder Beschwerden.

Wir haben diesmal eine andre Form des Mißbills auf unsere Generalversammlung gewählt. Es sollten auch die Nachkänge noch mit beledigt werden, weniger der uns unsern Reihen als der von außen kommenden. Mit jedem Tag erweist sich die Wichtigkeit dieser Art der Behandlung unserer Generalversammlung mehr. Im dritten und vierten Artikel ist schon gesagt worden, welche Meute wieder den Verband umkreist, und heute wissen wir, daß der Raben schwarzes Heer, wie es in unserm alten Liede heißt, ausgeflogen ist und mit seinem Getöse über die Tagung in Hannover die Lüfte erfüllt. Davon im übernächsten Artikel mehr. Wir werden sie zu Paaren treiben! Unsere Kollegen aber brauchen sich durch diese unfauberen Vögel

Sugo Miller.

(Zu dessen 25 jährigem Jubiläum als Sekretär der Deutsch-Amerikanischen Typographie.)

Die Buchdrucker werden die Pioniere der Arbeiterbewegung genannt; sicher ist, daß die deutschen Buchdrucker in Amerika die Pioniere der amerikanischen Arbeiterbewegung sind. Wenn einst die Deutsch-Amerikanische Typographie nicht mehr bestehen sollte, das wird ihr Unkenstein sichern, daß sie dem Lichtfundament in der Union und dadurch vielleicht in der Welt Bahn gebrochen hat. Mitte der achtziger Jahre v. J. hatte die Deutsch-Amerikanische Typographie ihre glorreiche Zeit, als sie den Lichtfundament in gewaltigem Anlaufe fast auf der ganzen Linie eroberte. Der Mann, der in diesem Kampfe an der Spitze der Organisation der deutschen Buchdrucker Amerikas stand und seither noch auf diesem schwierigen Posten steht, verehrt und geliebt von seinen Kollegen, ist es, dem diese Zeilen gelten: Sugo Miller, von seinen deutsch-amerikanischen Kollegen „Bundesmiller“ genannt.

Sugo Miller wurde am 28. Juli 1866 zu Freiberg in Sachsen, wo sein Vater (in der Heimat schreibt sich die Familie: Müller) ein Goldwarengeschäft betrieb, geboren. Er besuchte daselbst die Volksschule und darauf das Gymnasium bis Quarta und trat zu Ostern 1871 bei Ernst Mauchisch in Freiberg, der den „Stadt-Anzeiger“ druckte, in die Lehre. Dem jugendlichen Feuerkopfe wurden die Verhältnisse in der Heimat bald zu eng und er entschloß sich, auszuwandern. Am Pfingstsonntag, dem 1. Juni 1873, verließ also Sugo Miller seine Vaterstadt, um über Hamburg nach Amerika zu reisen. Sein Vater gab ihm bis Leipzig das Geleit, und hier in Rosentale nahm er ihn das Geleit ab, sich zu bestreben, ein ganzher Mann und ein Freiheitskämpfer zu werden.

Am 19. Juni landete Miller in New York; er traf dort einen Buchdrucker aus seiner Vaterstadt, Heinrich Linde, der ihn zunächst in einer deutschen Werkdrucker und bald darauf im „New Yorker Journal“ als Lehrling

unterbrachte. Die Behörden erkannten bald, daß Miller das Zeug zu einem Gehilfen in sich hatte und nahmen ihn noch im Herbst 1873 in die Deutsch-Amerikanische Typographie auf. Miller arbeitete dann nacheinander in verschiedenen Druckereien und nahm sofort an den Verhandlungen seiner Gewerkschaft regen Anteil, so daß er bald in den Vorstand des New Yorker Zweigvereins gewählt wurde und nacheinander alle Ehrenämter bekleidete. Auch der sozialdemokratischen Partei schloß er sich an und wurde bald zum Leiter der sozialdemokratischen Genossenschaftsdruckerei und Buchhandlung gewählt. 1876 erhielt er eine Stelle an der deutschen Zeitung „Die Wacht am Hudson“ in Jersey City, deren Redaktion, Verichterstattung, Satz und zum Teil auch Vertrieb er zu besorgen hatte. Zwei Jahre darauf ging aber die Zeitung ein und Miller wurde dadurch arbeitslos. Da traf es sich, daß ein Freund und Kollege in Owatonna in Minnesota eine Druckerei mit deutscher Zeitung gründete. Er ließ Miller im Sommer 1878 zu sich kommen, aber leider hatte das Unternehmen kein Glück, und dieser mußte daher nach New York zurückkehren.

Dort fand er die Typographie in einem ziemlichlichen Chaos vor. Drei Richtungen: Anarchisten, Sozialdemokraten und reine Gewerkschaftler, führten gegeneinander einen dreieckigen Krieg. Obwohl überzeugter Sozialist — oder eben deshalb — stellte sich Miller auf die Seite der Gewerkschaftler. Da hieß es Farbe bekennen und die Fahne hochhalten, und so gründeten einige prinzipientreue Gewerkschaftler (Miller, Straßer, Speyer, Vertram u. a.) aus eignen Mitteln die „Gewerkschaftszeitung“, als deren Leiter Miller fungierte, und obwohl dies nur ein kleines Blättchen war, vermochte es doch den Strom, der die Gewerkschaften zu vernichten drohte, einzudämmen.

Es folgte dann eine Reihe ruhiger Jahre. Miller blieb aber unentwegt in der Bewegung und wurde wiederholt in das Bundespräsidium der Deutsch-Amerikanischen Typographie gewählt, ebenso war er Vorsitzender des

sechsten und letzten Buchdruckertags der deutschen Kollegen von America, der Ende Mai 1884 in New York abgehalten wurde. Wiederholt wurde Miller mit der Aufgabe betraut, die Deutsch-Amerikanische Typographie auf den amerikanischen Gewerkschaftskongressen zu vertreten und er ist einer der Gründer der American Federation of Labor, des großen, mächtigen amerikanischen Gewerkschaftsbundes. Als Delegat zu dessen Washingtoner Kongress vom Dezember 1885 trat er entschieden für die Einführung des Achtstundentages am 1. Mai 1886 ein.

Als im Frühjahr 1886 die große Achtstundentagsbewegung einsetzte, stand, wie gewöhnlich, die New Yorker Typographie im Vordertreffen und ihr energisches Auftreten hat viel mit dazu beigetragen, den Kampf in New York erfolgreich zu gestalten. Drei Männer, von denen aber die ersten beiden bereits vom Tod abgerufen wurden, bildeten damals das Exekutivkomitee der „Nr. 7“, wie die New Yorker Typographie kurz genannt wird, nämlich Baumann, Werten und Miller, und sie fanden in der gesamten Kollegenchaft so enthusiastische Unterstützung, daß der Kampf gar bald zugunsten der Typographie beendet war. Mitten in dieser Bewegung wurde Miller zum Bundessekretär gewählt und trat am 1. Juli 1886 sein Amt an.

Weiter waren die Arbeiter damals noch zu wenig geschildert, um den Kampf, der so glänzend begonnen, auf allen Linien siegreich zu beenden. Gerade die einheimischen Arbeiter und deren Führer verhielten sich ablehnend und ermöglichten es, daß die Fahne der Reaktion emporzuschließen begannen, und die großartige Bewegung endete mit jenem Bombenwurf in Chicago und mit der Hinrichtung der besten Kämpfer des Proletariats (darunter zwei Geher: Fischer und Parsons). Trotzdem aber hatte diese Bewegung einen großen Erfolg, denn abgesehen davon, daß außer für die deutschen Geher an vielen Stellen der Achtstundentag eingeführt wurde, war sie der Ausgangspunkt der neuen Gewerkschaftsbewegung und ihrer späteren Erfolge.

wie durch das Gerassel der Scharmacher, das auch recht verheißend anhebt, nicht irren machen zu lassen, denn es ist, wie Kollege Wilms so schön in der Nachener Versammlung bei der Berichterstattung sagte, der Verbandskörper gesund wie nie zuvor!

Gau Württemberg.

Der 34. Gau-tag, dem am Vormittag die Generalversammlung des Unterstufungsvereins für Buchdrucker und Schriftsetzer in Württemberg vorausging, wurde am 4. Juni nachmittags durch den Gauvorsitzer Knie eröffnet. Anwesend waren 108 Delegierte; ein Stuttgarter Delegierter sowie derjenige für Waiblingen fehlten ohne Entschuldigung. Zur Verstärkung des Bureaus wurden gewählt die Kollegen Knapper (Heilbronn) als zweiter Vorsitzender und Dengler (Stuttgart) als zweiter Schriftführer. Kollege Klein hieß im Namen der vereinigten Gewerkschaften die auswärtigen Delegierten herzlich willkommen.

Den Bericht über den Stand des Gauvereins gab der Vorsitzende. Kollege Knie ließ die bemerkenswertesten Vorkommnisse der letzten drei Jahre Revue passieren. Die Mitgliederzahl hat sich von 2729 auf 3142 erhöht und das Vermögen der Gaukasse um 14634 Mk. zugenommen. Daselbst betrug am 31. Dezember 1910 31116,02 Mk. Den Bericht über die Tätigkeit des Gauvorstandes erstattete der Schriftführer Herzog. Kollege Pfund als Revisor brachte zum Ausdruck, daß bei den jeweiligen Revisionen alles in bester Ordnung befunden wurde, lobte die Geschäftsführung der drei Verwalter und ersuchte, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, was einstimmig geschah unter gleichzeitiger Genehmigung der Rechenschaftsberichte von 1908, 1909 und 1910. Nummehr wurde in die Beratung der eingegangenen Anträge zur Abänderung des Gaureglements eingetreten.

Zu III. „Verwaltung“, hatte der Gauvorstand für den § 3 Abs. 1 folgende Fassung beantragt: „Die Leitung und Verwaltung des Gauvereins geschieht durch den Gauvorstand in Gemeinschaft mit den angestellten Verwaltern. Der Gauvorstand wird in jährlich spätestens im April vorzunehmender geheimer Wahl durch die Mitglieder gewählt.“ Der Vorsitzende begründete den Antrag. Da die drei Verwalter Hand in Hand arbeiten, und der dritte Verwalter, Kollege Kayser, auch hin und wieder bei den Gauvorstandssitzungen Anstöße geben könne, so solle derselbe an den Sitzungen, aber nur mit beratender Stimme, teilnehmen. Im Abs. 2 Zeile 1 sei einzuschalten: „einem Kassierer (Verwalter), einem...“ Beide Anträge fanden einstimmige Annahme.

Die Mitgliedschaft Heilbronn, sog. ihren zu § 3, geäußerten Antrag zurück.
Ein ebenfalls von Heilbronn gestellter Antrag, den § 4 Abs. 2 folgenden Absatz anzuhängen: „Ist eine größere Mitgliedschaft in einem nahegelegenen Orte, so wird der kleineren Mitgliedschaft empfohlen, sich dieser anzuschließen“, wurde vom Kollegen Retter (Heilbronn) ausführlich begründet, vom Vorsitzenden aber darauf erwidert, daß die Satzungen dagegen sprächen. Bei der Abstimmung ergab sich Ablehnung mit 45 gegen 39 Stimmen.

Zu § 5 Zeile 5 und 6 hatte der Gauvorstand beantragt zu ändern: „auch Verträge über ihre Tätigkeit und über etwa gefasste Beschlüsse an den Gauvorstand ein.“ Hierzu führte Kollege Kayser aus, daß das Wort „vierteljährlich“ gestrichen werden solle, weil die Ein-

sendung nicht immer eingehalten werde. Kollege Knie erläuterte weiter, daß einzelne Vertrauensmänner unaufgefordert allmonatlich einen Bericht geben, andre nur am Jahresabschluss. Der Gauvorstand soll bei besonderen Vorkommnissen benachrichtigt werden. Kollege Ulrich (wo kein Ort vermerkt, sind die Betreffenden Stuttgarter Kollegen) wünschte noch eingestuft zu wissen „balddigt“, da ihm die Forderung nicht weit genug gehe. Bei der Abstimmung wurde der Antrag mit dem Worte „balddigt“ angenommen.

Zu VI. „Von den Mitgliedern“, beantragte die Mitgliedschaft Heilbronn den nachfolgenden Satz noch anzuhängen: „... und nach erfolgter Zustimmung der in Betracht kommenden Mitgliedschaft.“ Dieser Paragraph handelt von dem Ausschluß eines Mitglieds. Anlaß zur Stellung dieses Antrags gab ein vor zwei Jahren vorgekommener Fall des Ausschlusses eines Mitglieds nach § 5c des Verbandsstatuts durch den Gauvorstand. Die Heilbronner Kollegen hätten es gern gesehen, wenn sie zu dem Ausschluß rechtzeitig ihre Meinung hätten dem Gauvorstand mitteilen können. Hierzu führte der Vorsitzende aus, daß ein Mitglied dem Ausschluß verfallen müsse, wenn vom verurteilenden Gerichte die Tat als gemeinsames Vergehen oder Verbrechen angesehen werde; er werde aber dafür Sorge tragen, daß der Gauvorstand vorkommendenfalls die betreffende Mitgliedschaft benachrichtigt. In das Statut könne aber der Passus nicht aufgenommen werden. Die sich an der Debatte beteiligenden Kollegen waren alle, mit Ausnahme des Kollegen Retter (Heilbronn), für Ablehnung des Antrags, was auch bei der Abstimmung geschah. Ebenfalls von der Mitgliedschaft Heilbronn war beantragt, den Abs. 3 des § 7 hin und wieder auf dem Wochenblatt zu veröffentlichen. Dieser Absatz lautet: „Die Zugehörigkeit zu einer der Verbandsprinzipien gegenüberstehenden Organisation sowie das Eingehen einer längeren als vierzehntägigen Kündigungsfrist ist unstatthaft.“ Der Vorsitzende erklärte, daß im Gauvorstand die Absicht bestehe, diesen Absatz alle vier Wochen auf dem Wochenblatt zu veröffentlichen, was befriedigend aufgenommen wurde.

Zu V. „Kassenwesen“, stellte der Gauvorstand zu § 9 Abs. 3 folgenden Antrag: „Arbeitende und freiwillig ausübende Mitglieder haben einen Wochenbeitrag von 30 Pf. zu zahlen. Arbeitslose am Ort und auf der Reise und vorübergehend arbeitsunfähige Mitglieder sind vom Beitrage befreit. Mitglieder, welche mehr als drei Arbeitstage in einer Kalenderwoche beschäftigt sind, haben den Beitrag zu leisten; ebenso haben solche Mitglieder, welche in zwei hintereinander folgenden Wochen je drei Tage gearbeitet, einen Beitrag zu entrichten.“ Dieser Antrag wurde mit dem § 14 verbunden und fand bei der Abstimmung Annahme, nachdem § 14 angenommen war.

Als § 14 hatte der Gauvorstand einen Antrag gestellt, der auf folgender Grundlage einen Zusatz zur Invalidenunterstützung als Gauhilfsmittel bezog: „Mitglieder, welche vom Verband als Invaliden anerkannt und deren Invalidentisierung im Gau Württemberg erfolgte, erhalten aus der Gaukasse einen Zusatz zum Verbandsinvalidenunterstützung in Höhe von 3 Mk. pro Woche 1. wenn der Beitritt zum Verband innerhalb des ersten Jahres nach beendigter Wehrzeit erfolgte: nach Leistung von 250 Gaubeiträgen; 2. wenn der Beitritt nach Ablauf eines Jahres erfolgte: nach Leistung von 475 Gaubeiträgen; 3. wenn der Beitritt erst nach Ablauf von fünf Jahren erfolgte: nach Leistung von 700 Gaubeiträgen. Wer nach den ad 1, 2 und 3 rückgelegten Karenzzeiten noch weitere 600 Wochenbeiträge entrichtet hat, erhält 4 Mk. pro Woche.“ In einer Reihe näherer

Bestimmungen werden noch die unerlässlichen Kanteln bei solchen Unterstufungsangelegenheiten benannt.

Zu diesem Antrage gab Kollege Knie eine detaillierte Rechenschaftsaufstellung. Die ersten Jahre würde ein Überschuss erzielt werden, nach fünf Jahren etwa könnte sich ein kleines Defizit ergeben, so daß die ganze Berechnung etwa 12—15 Jahre standhalten würde. Redner hat dringend um Annahme des Antrags auf Grund der vorgetragenen Berechnung. Der erhöhte Beitrag sollte vom 1. Januar 1912 ab erhoben werden, mit welchem Tag auch zugleich die Unterstufung in Kraft treten würde. Kollege Dengler erklärte, sich mit dem Antrage befreunden zu müssen, trotzdem er im Grunde nicht mit demselben einverstanden sei, weil die Invalidenunterstützung dem Verbande zugehöre; was in Württemberg möglich sei, mühte in der Gesamtkollektive erst recht aufzulaufen gebracht werden können. Die Erhöhung des Beitrags um 10 Pf. falle jedem schwer, ohne dieselbe gehe es aber nicht. Der letzte Absatz des Antrags (der die eventuelle Verringerung der Invalidenunterstützung oder ihren gänzlichen Fortfall betrifft, je nachdem das aus anderweitiger Beschäftigung sich ergebende Einkommen hoch bemessen ist) müsse aber gestrichen werden. Kollege Wäckerle führte aus, daß in absehbarer Zeit nicht daran zu denken sei, von Verbands wegen eine erhöhte Invalidenunterstützung zu erhalten, deshalb müsse der Gau eingreifen. Die Invaliden hätten in langen Jahren nur einmal eine Verbesserung erhalten. Mit der Streichung des letzten Absatzes sei er mit dem Kollegen Dengler einig. Kollege Wöhrner (Eßlingen) gab die Ansicht seiner Mitgliedschaft kund, nach welcher der Verband hätte eingreifen müssen; da dies aber durch die Generalsammlung in weite Ferne gerückt wurde, sei er zu der Überzeugung gekommen, daß der Gau etwas tun müsse. Kollege Stoll (Tuttlingen) erkannte die Berechtigung des Zusatzes an, eine Erledigung der Angelegenheit sei im gegenwärtigen Zeitpunkt aber nicht möglich; zu einer Beitragserhöhung könne er sich nicht ohne weiteres entschließen. Kollege Bauer (nach seiner Meinung darüber Ausdruck, ob jetzt nicht mit 5 Pf. auszukommen wäre, in drei bis fünf Jahren könnte dann der Beitrag wieder um 5 Pf. erhöht werden. Kollege Wöhrner (Heilbronn) erklärte, die Heilbronner Kollegen könnten es nicht verstehen, wenn die Delegierten eine Beitragserhöhung von 10 Pf. mit nach Hause brächten; vor Annahme des Antrags mühten alle Punkte in Erwägung gezogen werden. Kollege Schädel (Oberndorf) trat für 5 Pf. Erhöhung ein, die andern 5 Pf. solle die Gaukasse übernehmen. Kollege Klein trat diesem Antrage sofort entgegen und erklärte, daß es nicht möglich sei, die Gaukasse zu belasten. Es werde mancher Nickel unnütz ausgegeben, also werde sich auch dieser Beitrag noch erschwingen lassen. Kollege Straubinger (Worzhelm) führte an, daß wohl niemand die Notwendigkeit des Zusatzes bestritten werde, es mühte aber auch auf die Mitglieder Rücksicht genommen werden; bei Modifizierung der Unterstützungsätze ließe sich mit 5 Pf. Beitrag wohl auskommen. Zu dem Antrage nahmen weiter noch das Wort die Kollegen Wäckerle, Strähle (Heilbronn), Wenzel, Ulrich, Diehl, Retter (Heilbronn) und Wenzelburger (Gmünd); teils für, teils gegen die Erhöhung um 10 Pf. sprechend. Kollege Knie präziserte noch einmal den Standpunkt des Gauvorstandes, von einem 5 Pf.-Beitrag könne keine Rede sein. Dieser Beitrag reiche kaum drei Jahre aus, und dann mühte der Beitrag wieder erhöht werden. Kollege Schädel (Oberndorf) erklärte, nach den gehörten Ausführungen des Kollegen Knie sehe er sich veranlaßt, den vom Bezirksverein

Wie die große Masse der Arbeiterchaft im allgemeinen, so standen die englischsprachigen Kollegen den deutschen hinberlich, ja feindselig gegenüber. Als der Sieg in New York und bald darauf so ziemlich in allen für die Deutschen in Betracht kommenden Orten errungen war, waren die deutschen Druckereien gegenüber den englischen im Nachteil, und um jenen den Konkurrenzkampf zu erleichtern, aber auch um für die Sache des Achtstundentages Propaganda zu machen, wurde das Achtstundentagelabel eingeführt, das am 1. August 1886 zum erstenmal in der „Deutsch-Amerikanischen Buchdrucker-Zeitung“ erschien. Miller ist der Vater des Unionlabels, dieses Gewerkschaftszeichens, das anfänglich verspottet, seither von allen Gewerkschaften geführt wird und sich als eins ihrer besten Kampfmittel erweist.

Während des Vierteljahrhundert, seit Miller das Ruder der Deutsch-Amerikanischen Typographie führt, hat diese Vereinigung so manche schwere Stürme durchgemacht müssen, die das Schifflein mitunter ganz zu versinken drohten. Aller Miller, eine unermüdbare Kampfnatur, hielt aus und wußte die Mannschaft immer zu neuem Mut und Selbstvertrauen anzufachen.

Die Vereinigung der Typographie mit der Union ist sicherlich der größte Erfolg Millers. Denn bei all der Tätigkeit und Kampfesfreude der deutschen Kollegen hätten sie der Übermacht der englischen Seher bald unterliegen müssen. Heute noch, da sie ein gemeinsames Band umschlingt, haben die Eifersüchteleien zwischen deutschen und englischen Ortsgruppen nicht aufgehört, und wie wäre das geworden, wenn diese Einigung nicht zustande gekommen wäre?

Die Vereinigung mit der Union wurde! am 1. Juli 1894 vollzogen; dadurch kam das bis dahin beständige Bundespräsidium in Wegfall und der Bundessekretär der Deutsch-Amerikanischen Typographie wurde zweiter Vizepräsident der Union und mußte nach Indianapolis, dem Sitze des Exekutivkongresses, übersiedeln, dessen Mitglied er

gleichzeitig wurde. Von dort aus leitete er die deutsche Organisation, und er allein hat die Verantwortung zu tragen, denn es gibt weder einen eigentlichen Vorstand noch eine Generalversammlung. Als Mitglied des Exekutivkongresses gehört er auch dem nationalen Schiedsgericht für die Zeitungen Americas an. Ferner hat er an dem Joint Conference Board of the Printing Trades (Konferenzbehörde der graphischen Organisationen) zu dienen, das sich aus dem Exekutivkongress der J. T. U. und den Präsidenten der Drucker, Stereotypen, Photographen und Buchbinder zusammensetzt und dem die Hauptkontrolle über das gemeinschaftliche Unionlabel zusteht. Dazu führt er noch die Redaktion der „Deutsch-Amerikanischen Buchdruckerzeitung“, eines halbmonatlich erscheinenden Blattes der Typographie, das auch in Europa bekannt ist. Als Redakteur dieses Blattes verdient Miller eigentlich eingehendere Würdigung. Doch muß es genügen, zu sagen, daß sich in diesem Blatt all die Tatkraft, Entschlossenheit, Sicherheit und Prinzipien-treue, das typographische Empfinden, die Liebe für das Deutschstum und für die Arbeiterklasse und nicht weniger für Schönheit, Poesie und Humor eines ganzen deutschen Mannes wieder spiegelt.

Abgesehen kann sich Miller nicht allzuviel im „Hauptquartier“ aufhalten; einen großen Teil seiner Zeit muß er auf Reisen verbringen, denn sein Wirkungsfeld erstreckt sich über einen ganzen Weltteil. Das ist wohl Arbeit, Sorge und Verantwortung genug für einen einzelnen Mann, und es bedarf einer Unermüdbarkeit, Kampfkraft und Unverwundbarkeit, wie sie nur wenige Menschen aufbringen, um unter den mißlichen Verhältnissen, mit denen oft zu rechnen ist, unentwegt auszuhalten und nicht einmal ermüdet und entmutigt die Finte ins Horn zu werfen.

Quanzig Jahre später als die deutschen gingen die englischen Kollegen Americas daran, den Achtstundentag allgemein einzuführen. Als Mitglied des Achtstundentagkomitees konnte Miller auch diesen großen und schwierigen Streik mit zu einem gezielten Ende führen. Der

deutsche Zweigverband kam bloß in zweiter Linie in Betracht, doch wurde er finanziell so sehr mitgenommen, daß er an Rande des Grabes angekommen schien. Aber auch diese Kräfte wurde dank der Besonnenheit und der Unermüdbarkeit Millers und der gewerkschaftlichen Überzeugung der „Mr. 7“ glücklich überstanden, und heute steht die Deutsch-Amerikanische Typographie finanziell wieder getränkt da.

In dem „Bundesmiller“ verpersert sich das Programm einer modernen Gewerkschaft: Zusammenfassen der Kräfte, mit deren Hilfe rücksichtslose Ausnutzung jeder Gelegenheit zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, in erster Linie Erhöhung des Lohns und Verkürzung der Arbeitszeit. Und so kann man das Werk Millers an der Entwicklung der Typographie beurteilen, die heute im weitesten Sinne das ihr eigen nennt, was man in der Alten Welt zum Teil noch erstrebt und erkämpfen will: den Achtstundentag und die fünfjährige Arbeitswoche; die Alphabetsberechnung; den Arbeitsnachweis und die Kontrolle über Einstellungen und Entlassungen; genügende Entlohnung und anständige Behandlung. Für den Spießer mögen das banale Dinge sein; wer selbst arbeitet und weiß, was für Kämpfe diese Dinge heißen, der wird zugeben, daß es Ausdauer erfordert, wenn man sich will dazu gratulieren lassen, daß man 25 Jahre mit gekämpft, an der Spitze gekämpft hat.

Seine Kollegen haben ihrem „Bundesmiller“ vor fünf Jahren zu seinem 20jährigen Jubiläum einen Sorgenstuhl gewidmet. In dem verbringt er die wenige Zeit, die ihm erübrigt, den Sonntagnachmittagen, um die deutsche Fachliteratur und was sich sonst im Laufe der Woche, in Druckerzwänge verkrampft, aufgehäuft hat, zu durchblättern. Wenn ihm dabei auch diese Zeiten aus seinem Vaterlande zu Gesicht kommen, so möge er sie auffassen als das, was sie sein sollen: als eine anerkennende Würdigung seiner Verdienste um die deutschen Buchdrucker in America.

Oberer Schwarzwald gestellten Antrag zugunsten des Gauvorstandsantrags zurückzuziehen, worauf Kollege Klein (Wöppingen), ebenfalls den vom Ortsvereine Wöppingen gestellten Antrag zurückzog. Auf eine Anfrage des Kollegen Kemper (Neuenbürg), ob die Vergünstigung des freiwilligen Beitritts ähnlich der württembergischen Kaffe bleibe, erwiderte der Vorsitzende, daß dies nicht der Fall sei, da der Invalidentzuschuß aus der Kautasse künftig bezahlt werden würde, somit die Selbständigkeit aufhöre. Die Abstimmung über den Gauvorstandsantrag ergab Annahme des Beschlusses unter Wegfall des letzten Absatzes mit 90 gegen 8 Stimmen. Mit dem vorgeschlagenen Termin, am 1. Januar 1912 die Beitragserhöhung einreten zu lassen und gleichfalls mit der Unterstützung zu beginnen, erklärten sich die Delegierten einverstanden. Der Vorsitzende dankte hierauf im Namen des Gauvorstandes für die Annahme des Antrags.

Es wurde nun mit der Weiterberatung der Anträge abgebrochen und zu Punkt 2: „Berichterstattung von der Generalversammlung in Hannover“, übergegangen. Kollege Klein, auf die vorgelegte Zeit Rücksicht nehmend, entledigte sich seiner Aufgabe, über die allgemeinen Anträge zu sprechen, in glänzender Weise. In kurzen Umrissen zeichnete er ein Bild über alle zur Verhandlung gestandenen Gegenstände, erklärend, warum dieser oder jener Beschluß so und nicht anders gefaßt worden sei. Damit hatte der erste Verhandlungstag sein Ende erreicht.

Die Delegierten machten nun einen Spaziergang nach der „Hahndshöhe“, um „nach des Tages Last und Hitze“ mit einem großen Teile der Stuttgarter Kollegen noch ein paar Stunden in Geselligkeit bei Musik und Gesang zu verleben.

Am 8 1/2 Uhr am zweiten Tag eröffnete der Vorsitzende Knie die Verhandlungen wieder. Kollege Knapper (Heilbronn) übernahm den Vorsitz und erteilte dem Kollegen Klein, welcher für den Kollegen Knie, da derselbe heiser geworden, eingesprungen war, das Wort zu dem Referate: „Die tarifliche Lage“. Redner berührte in seinen fünfviertelstündigen Ausführungen alle Momente, die den Delegierten auf der Generalversammlung in Hannover vor Augen geführt wurden und erfuhr am Schluß die Kollegen, sie möchten sich ebenfalls der dort gefaßten Resolution anschließen.

In der Diskussion, woran sich die Kollegen Dengler, Lober, Hummel, Schädel (Oberndorf) und Gütthner (Heilbronn) beteiligten, wurde mancher Wunsch ausgedrückt, jedoch auch anerkannt, daß die Generalversammlung einen Weg gezeichnet habe, auf dem man weiter bauen könne. Der Referent ging zum Schluß auf die Einwände der Diskussionsredner näher ein und erörterte, warum nicht anders gehandelt werden konnte. Im Laufe der Debatte war eine Resolution von Kollegen Müller und ein Antrag von Kollegen Wäsele eingegangen, welche, das gleiche befragten, wurde Kollege Müller erwidert, die seinige zurückzuziehen, was geschah. Die vom Kollegen Wäsele eingereichte und einstimmig angenommene Resolution hatte folgenden Wortlaut: „Der 34. Gautag spricht seine volle Befriedigung über die harmonischen Verhandlungen und Beschlüsse der Generalversammlung in Hannover aus und verpflichtet, unter den Mitgliefern des Gaus Württemberg dahin zu wirken, daß den Beschlüssen der Generalversammlung in vollster Einigkeit Rechnung getragen wird. Der Gautag spricht den Gehilfenvertretern sein volles Vertrauen aus und erhofft von ihrer Tätigkeit die Realisierung der Forderungen der Gehilfenschaft.“

Der internationale Sekretär Kollege Stautner brückte hierauf dem Gauvereine Württemberg den Dank aus, daß er dem Internationalen Buchdruckersekretariat eine so gastliche Stätte zu seinem Wirken geboten habe.

Namens der Diätenkommission erstattete Kollege Wäsele Bericht und unterbreitete folgenden Antrag: „Die Delegierten erhalten 8 Mk. Diäten pro Tag. Für Nachtquartier sollen die auswärtigen Delegierten 4 Mk. Entschädigung erhalten, außerdem Vergütung der direkten Fahrt III. Klasse und eventuelle Entschädigung für Arbeitsverhältnis.“ An der sehr lebhaften Debatte über diesen Antrag beteiligten sich die Kollegen Wendel, Gütthner (Heilbronn), Stoll (Zuttlingen), Wenzelburger (Gmünd), Wöhner (Eßlingen), Straubenger (Pforzheim), Hummel und Wäsele. Der Antrag der Diätenkommission wurde schließlich mit 66 Stimmen angenommen.

Die von den Mitgliedschaften Heilbronn, Stuttgart und Ulm zum § 16 gestellten Anträge zeitigten eine rege Debatte, an der sich die Kollegen Schwart (Oberndorf), Wäsele, Stoll (Zuttlingen), Klein, Breitbut (Bussenhausen) und Gerlach (Walen) beteiligten. Jedoch hatte dieselbe das Resultat, daß keine Einmütigkeit zustande kam. Kollege Klein schlug deshalb die Wahl einer Kommission vor, welcher Vorschlag akzeptiert wurde. Es wurden zehn Kollegen in diese Kommission entsandt.

Die Anträge vom Gauvorstande zu den §§ 17, 18 und 21 begründete Kollege Kayser. Dieselben wurden einstimmig angenommen.

Bei Festlegung der Höhe der Unterstützung nahm der Vorstand Gelegenheit, die nunmehr im Gegenseitigkeitsvertrage vorgesehenen Kautenzen auch auf den Gau zu übertragen, und wurde dies vom Kollegen Klein begründet und einstimmig angenommen.

Wie seit vielen Jahren, wurde auch diesmal dem Gauvorstande das ganze Vermögen des Gauvereins überwiesen. Ebenso wurde die Remuneration dem Gauvorstand in der seitherigen Höhe (600 Mk.) bewilligt.

Der Antrag Pforzheim, das „Korr.-Obligatorium“ betreffend, wurde vom Kollegen Wolender (Pforzheim)

begründet. Ergen den Antrag sprachen die Kollegen Klein und Arnold (Saulgau), worauf er auch abgelehnt wurde.

Kollege Knie begründete hierauf namens des Gauvorstandes den Antrag, den Verwaltern Klein und Kayser für 1911 eine Aufseherung von 200 statt 100 Mk. und die beiden Grenzen von 2600 und 2800 Mk. in eine einheitliche Endsumme von 3000 Mk. umzuwandeln. Kollege Wendel erwiderte den Antrag anzunehmen mit der Bestimmung, daß Kollege Knie ebenfalls eine Gehaltserhöhung für dieses Jahr von 100 Mk. erhalte. Kollege Knie erwiderte um Ablehnung dieses Vorschlags; nachdem noch die Kollegen Müller, Müller, Brüllmeyer (Heidenheim) und Ehr. Kurz gesprochen hatten, wurde der Antrag mit der Erweiterung des Kollegen Wendel mit 66 Stimmen angenommen.

Den Antrag Pforzheim betreffend die Vertrauensmännerkonferenzen erwiderte der Vorsitzende zurückzuziehen, was jedoch nicht geschah. Derselbe wurde vom Kollegen Wolender (Pforzheim) begründet. Kollege Klein erwiderte um Ablehnung, was auch der Fall war.

Der Antrag vom Bezirke Jagstkreis betreffend Gewährung von Unterstützung an die Bezirke wurde vom Kollegen Brüllmeyer (Heidenheim) begründet. In der Diskussion wurde beantragt, die Nennung der Summe zu streichen und dieselbe dem Ermessen des Gauvorstandes zu überlassen. Der Antrag wurde so auch angenommen.

Dem Antrage Heilbronn betreffend Merkblatt soll in nächster Zeit, wenn das Material vollständig ist, entgegengekommen werden.

Der Antrag Tübingen betreffend Flugschrift an die Eltern der zur Schulentlassung kommenden Volksschüler wurde von Koch (Tübingen) begründet; von den Kollegen Lober und Klein wurde ihm aber entgegengetreten, da man nur das Gegenteil erreichen würde. Er wurde auch abgelehnt.

Eine längere Debatte zeitigte der Antrag Ulm-Neumühl über die Angriffe von gegnerischer Seite. Die Antragsteller montierten, sie hätten vom Gauvorstande keine Unterstützung erhalten bei einem Vorgange, wo die christlichen Gewerkschaften bzw. der Guttenbergbund in verschiedenen Tagesblättern eine Debatte gegen den Verband inszenierten. Der Gauvorstand erklärte, daß die Sache mehrmals behandelt worden sei und er von seinem Standpunkte nicht abgehen könne. Der Antrag selbst wurde abgelehnt.

Da nun die Anträge erledigt waren und die Kommission, die die Vorschläge zum § 16 zu machen bestimmt war, ihre Beratung beendet hatte, wurde in dieselbe wieder eingetreten. Die Kommission schlug vor, dem Antrage Stuttgart mit der Abänderung von 25 in 20 anzunehmen in Verbindung mit folgender Resolution: „Die Kommission stimmt dem Antrage Stuttgart zu mit dem Wunsche, den Gau in acht Wahlkreise zu teilen, und empfiehlt dem Gauvorstande, den Bemessung der Delegierten der Provinz in 10 Wahlkreise entgegenzunehmen.“ Kollege Knie erwiderte, den Antrag anzunehmen und erklärte, daß der Gauvorstand in loyalster Weise die Bemessung der auswärtigen Delegierten vornehmen werde und danke den auswärtigen Delegierten, daß sie dem Vorschlage zugestimmt und somit eine Einigkeit erzielt worden sei. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Unter „Verschiedenes“ stellte Kollege Knie den Antrag, daß der Gauvorstand ermächtigt werde, der Gehilfenschaft Gewerkschaftshaus m. b. S. ein Darlehen in Höhe von 5000 Mk. unter Sicherheit geben zu dürfen zwecks Bau eines Bureaugebäudes. Die Kollegen Wäsele, Dengler, Müller, Beck (Eßlingen), Wenzelburger (Gmünd) erklärten sich für den Antrag. Fischer war dagegen. Derselbe wurde aber angenommen.

Kollege Knie gab hierauf ein Resümee über die Verhandlungen und die gefaßten Beschlüsse. Für die Annahme der Gehaltsregulierung sprach Knie namens der Verwalter seinen Dank aus. Den Gruß des Gauvorstandes möchten die Delegierten ihren Kollegen draußen überbringen und dieselben auflären über die gefaßten Beschlüsse. Kollege Knie schloß sodann seine Ausführungen mit einem dreifachen Hoch auf den Verband, in das begeistert eingestimmt wurde.

Der Vorsitzende Knapper dankte den Delegierten für die sachlichen Verhandlungen und wünschte, daß man den Gehilfenvertretern Vertrauen entgegenbringe. Kollege Wäsele dankte im Namen der Delegierten dem Bureau für seine Tätigkeit. Hierauf erfolgte der Schluß des Gautags um 1 1/2 Uhr.

Gau Posen.

Der ordentliche Gautag fand am Pfingstsonntag (4. Juni) in Bardołin „Bürgerladen“ in Posen statt. Zur Weiße des Tags hatte es sich der Gesangverein „Typographia“ nicht nehmen lassen, unter Leitung seines Dirigenten Wienecke zwei Lieder: „Gott grüße dich“ und „Der beste Berg auf Erden“, ergatt und wirkungsvoll zu Gehör zu bringen. Er fand damit allgemeinen Beifall.

Gauvorsteher Wagner begrüßte namens des Gauvorstandes die erschienenen Delegierten und sprach dem Gesangvereine sowie seinem Dirigenten herzlichsten Dank aus. Im Namen des Ortsvereins Posen hieß Kollege Vár alle Anwesenden willkommen und lud sie zu einem vom Ortsvereine gegebenen Begrüßungsstrunk ein. Die Feststellung der Präsenzliste ergab die Anwesenheit sämtlicher 27 Delegierten sowie des gesamten Gauvorstandes.

Das Andenken der seit dem letzten Gautage verstorbenen Mitglieder wurde in üblicher Weise geehrt. Auch des verstorbenen Hauptverwalters Wolf Beyer gedachte der Vorsitzende in einem warmen Nachrufe.

Nunmehr wurde in die eigentliche Tagesordnung eingetreten. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurden die ersten beiden Punkte: „Besprechung und Genehmigung der Rechenschaftsberichte für 1909 und 1910“ und „Besprechung der Lage im Gau“, zusammengezogen. In längerer Ausführungen gab der Gauvorsteher ein klares Bild über die Lage im Gau. Was die organisatorische Seite anbetreffe, so sei zunächst erfreulich, daß die Mitgliederzahl wiederum gestiegen ist, und zwar von 416 auf 459. Der ganze Gau weise allerdings über 600 Gehilfen auf, von denen 130—140 hier noch bestehenden polnisch-nationalen Organisation angehören. Trotzdem die Arbeitsgelegenheit im Gau einigermaßen stabil sei, hätten wir mit unvorhältnismäßigem Wechsel zu rechnen. Dies habe teilweise auch seinen Grund in den teuren Lebensverhältnissen, mit denen die Löhne nicht entsprechenden Schritt gehalten hätten. Der Stand der Kautasse sei ungünstig. In tariflicher Beziehung hätten wir wiederum zum Teil bemerkenswerte Erfolge zu verzeichnen. In Gnesen seien drei weitere Firmen für den Tarif gewonnen; es bleibe noch eine tariffreie Firma übrig. In Kolmar hat der Tarif Eingang gefunden durch Neugründung einer Druckerei. In Schneidemühl haben die beiden größten Firmen am Orte den Tarif anerkannt; es habe aber eine starke Lehrlingszahl hier übernommen werden müssen. Bedauerlich wären noch die Tarifverhältnisse in Thorn dadurch, daß gerade das größte Geschäft am Orte, die Firma Domrowski, zwar den Tarif anerkannt, aber den Brauch übt, Verbandsmitglieder von der Beschäftigung fernzuhalten. Dafür habe sich diese Firma bemüht, die Lehrlingskassa stark zu überschreiten. Von den Tarifinstanzen sei der Firma mitgeteilt, daß bei einer weiteren Überschreitung der Lehrlingskassa ein Antrag auf Streichung folgen würde. Außerdem seien noch einige vereinzelte Fälle von Überschreitung der Lehrlingskassa zu verzeichnen. Die Agitation habe sich wegen des Kasienbestandes in mäßigen Grenzen bewegt.

In der nun folgenden Diskussion besprachen die meisten Redner im besondern die Lehrlingsfrage. Kollege Kar-molinski (Gnesen) schilderte die Verhältnisse in Gnesen und Breschen. Er wies darauf hin, daß auch die Gehilfen die Mittelschuld hätten an herrschenden Mißständen, indem sie zu wenig Rückgrat zeigten oder sich zwecks Abstellung derselben nicht an die richtige Quelle wandten. Diesen Ausführungen schloß sich Kollege Schreiber (Bispa) an. Kollege Zaborowski (Hohensalga) gab seiner Freude Ausdruck über die Fortschritte in den Verhältnissen in Schneidemühl und wies den Gauvorstand auf Mißstände bei einer Firma in Ostrowo hin. Das gleiche tat Kollege Sienawałd (Ostrowo). Kollege Stachowski (Fraustadt) bat den Gehilfenvertreter, die tarifliche Lehrlingskassa überall zur Geltung zu bringen. Kollege Sebert (Thorn) verbreitete sich über die Verhältnisse in Thorn und legte ganz besonders die Lehrlingsfrage dem Gauvorstand ans Herz. Kollege Bielle (Promberg) besprach die Schwierigkeit der Verhältnisse in Thorn; erwähnte die Lage in Bromberg und Schneidemühl, und erhofft in letzterem Orte mit Hilfe des Gauvorstandes baldige Besserung. Auch wünschte er Veröffentlichung der Prüfungsergebnisse der Lehrlinge. Kollege Lorenz (Bromberg) wies ebenfalls auf die Thorn'er Verhältnisse hin. Die Kollegen Klossel, Jänisch, Schädel, Wegner (Posen) erörterten gleichfalls die Lehrlingsfrage. Letzterer konstatierte zwar einige Fortschritte im Gau, doch gäbe es noch genug zu tun und begrüßte besonders die Forderungen auf Erhöhung der Grundpositionen und Verkürzung der Arbeitszeit im Jahresberichte des Gaus. Kollege Jarbock (Bromberg) wünschte eine frühere Feststellung des Gauberichts.

Der Vorsitzende ging nunmehr auf die gegebenen Anregungen und Wünsche näher ein, versprach Abhilfe in den möglichen Fällen, verheißte aber auch nicht die besondern Schwierigkeiten, die sich an manchen Orten ergeben. Unbedingt müßte die Gehilfenschaft den Gauvorstand mit Vorbringung von einwandfreiem Material unterstützen, um Wandel schaffen zu können. Nachdem sich sämtliche Redner mit der Führung der Geschäfte durch den Gauvorstand einverstanden erklärt und diesem den Dank für seine Tätigkeit erstattet hatten, wurden die Rechenschaftsberichte für 1909 und 1910 genehmigt.

Bei Punkt 3: „Weitere Beschlußfassung über die Gegenseitigkeit“, erklärte sich der Gautag mit den vom Vorsitzenden erörterten Beschlüssen der Gauvorsteher einverstanden.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: „Anträge“, begründete Gauvorsteher Klossel den Antrag des Gauvorstandes: „Der Beschluß des Gautags vom Jahre 1907, ein Drittel von den Beiträgen für die Kautasse in die Bezirkskassen zu überweisen, ist ab 1. Juli 1911 aufzuheben.“ Er führte aus: Der Gauvorstand hätte nach reiflicher Überlegung diesen Antrag gestellt, da der Stand der Kautasse ihn dazu zwingt, hier stabilere Kasienverhältnisse einzuführen. Infolge der in der letzten Berichtsperiode bedeutender hervorgetretenen Konstitutionslosigkeit sei die Kautasse in ihrem Bestand auf einen Punkt gelangt, der es dem Gauvorstande zur Pflicht mache, den vollen Beitrag von 15 Pf. für die Kautasse in Anspruch zu nehmen. Auch die durch die Gegenseitigkeit entstehenden und sonstigen statutarischen Verpflichtungen rechtfertigten den Antrag. Diese Ausführungen wurden vom Vorsitzenden unterstützt. Über diesen Punkt entspann sich eine ausgiebige Debatte mit oft heftigen Für und Wider. Ein von den Kollegen Sebert, Rindfleisch und Zaborowski gestellter Abänderungsantrag: „Von den Beiträgen zur Kautasse werden vom 1. Juli 1911 fünf Sechstel in die Kautasse und ein Sechstel in die Bezirkskassen abgeführt“, wurde

mit 10 gegen 17 Stimmen abgelehnt, dagegen ein von den Kollegen v. Vielicki, Kraft, Rindfleisch und Ziegle eingebracht und vom Kollegen Rindfleisch begründeter Antrag: „Wir stellen den Antrag, den alten Stand wieder herzustellen und die Portofosten auf die Kartasse zu übernehmen“, mit Mehrheit angenommen, nachdem auch der Vorstand sich damit einverstanden erklärt hatte. Schließlich wurde der Antrag des Gauvorstandes mit großer Mehrheit angenommen.

Nach der Mittagspause wurde die Besprechung der Anträge fortgesetzt. Ein Antrag des Gauvorstandes: § 20 des Gaustatuts erhält folgende Fassung: „Die Zusammenfassung des Gautags ist folgende: Die Mitgliedschaften Posen und Bromberg wählen auf je 25 (bisher 20) ihrer Mitglieder einen Delegierten; überschüssige 15 und mehr zählen für voll. Die übrigen Mitgliedschaften des Gaus wählen auf je 15 Mitglieder einen Delegierten und berechtigen hier überschüssige zehn und mehr zur Entsendung eines weiteren Delegierten usw.“, wurde mit allen gegen vier Stimmen abgelehnt, nachdem auch hier der Vorsitzende klar gelegt hatte, von welchen Gesichtspunkten sich der Gauvorstand habe leiten lassen. Der nächste Antrag des Ortsvereins Bromberg, den Beschluß des vorigen Gautags: „Der Gauvorstand hat an allen Bezirksversammlungen teilzunehmen“, dahin zu ändern, daß diese Teilnahme nur dann erfolgen soll, wenn die gegebenen Verhältnisse dies notwendig machen, wurde von den Kollegen Ziegle und Barba (Bromberg) begründet. Es seien für den Antrag lediglich Sparmaßregeln Rücksicht maßgebend gewesen. Andre Redner hielten den früheren Beschluß für zweckmäßig, da dadurch Vorstandskonferenzen mit dem Gauvorstande gegenstandslos geworden seien; auch der agitatorische Wert rechtfertige den bisherigen Zustand vollständig. Nachdem noch der Gauaffizier L. Löffel den Standpunkt des Gauvorstandes in dieser Frage eingehend dargelegt hatte, wurde nach längerem Für und Wider der Bromberger Antrag abgelehnt.

Weitere Anträge befaßten sich u. a. mit der Festsetzung des Gaubeitrags, der in der bisherigen Höhe, 15 Pf. pro Woche, belassen wurde, und mit der Regelung der Reisegelder, und der Diäten für die Delegierten. Ein weiterer Antrag Bromberg: „Der Gautag findet alle drei Jahre nach der Generalversammlung des Verbandes statt“, fand nicht die Zustimmung der Mehrzahl der Delegierten. Dafür wurde ein von den Kollegen Jänisch, Schöbel, Weyda und Wiefeler eingebrachter Antrag: „Der Gautag findet kurz nach der ordentlichen Verbandsgeneralversammlung statt“, angenommen.

Bei Punkt 7: „Bestimmung der Höhe des Pauschquantums, welches dem Gauvorstande zum Zweck außerordentlicher Unterstüßungen für das laufende Jahr zur Verfügung gestellt wird“, bleibt es wie bisher bestehen, nachdem der Vorsitzende versprach, auch hier Sparmaßnahmen nach Möglichkeit zu üben. Bei Punkt 8: „Unter Punkt 9: „Wahl des Vordrucks“, und Punkt 10: „Wahl des Orts für den nächsten Gautag“, wurde in beiden Fällen Posen wiedergewählt.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. In seinem Schlussworte dankte der Vorsitzende den Delegierten für ihre Mitarbeit, gab ein kurzes Resümee über die gefaßten Beschlüsse, ermahnte zur Einigkeit und gab zugleich der Hoffnung Ausdruck, daß die vom Gautage geleistete Arbeit auch zum Wohle und Segen des Gaus Posen gereichen möge. Mit einem kräftigen dreifachen Hoch auf den Verband wurde darauf der Gautag um 5 1/2 Uhr nachmittags geschlossen.

Begrüßungsstelegramme waren eingelaufen von den Ortsvereinen Bromberg und Sohenalza. Die auswärtigen und einheimischen Delegierten sowie der Gauvorstand blieben noch einige Zeit beim Glase Bier zusammen, worauf dann einige Kollegen die Ostdeutsche Ausstellung besuchten, bis die Eisenbahn nach und nach die auswärtigen Delegierten wieder in ihre Heimatsorte brachte.

Thüringisch-fränkischer Buchdruckerstag in Koburg (Pfungsten 1911).

Koburg, die reizend an der Süßseite des Thüringer Waldes gelegene altfränkische Stadt mit ihrer herrlichen Umgebung, war an den Pfungstagen das Reiseziel zahlreicher Buchdrucker. Etwa 300 Kollegen aus Bamberg, Nürnberg, Würzburg, Hildburghausen, Sonneberg, Eisfeld, Saalfeld, Rudolstadt, Ruhla und Meiningen waren herbeigekommen, um auf Einladung der Koburger Kollegen den von diesen veranstalteten thüringisch-fränkischen Buchdruckerstag festlich zu begehen. Der „Stein des Anstoßes“ zu diesem Steilstein der thüringischen und fränkischen Kollegen war die Nürnberger „Typographia“, die zu Pfungsten einen Sängerausflug nach Koburg geplant hatte; dies gab die Veranlassung zu einem Buchdruckerstage. Wenn man auch über den Wert derartiger Feste geteilter Meinung sein kann, so darf doch nicht verkannt werden, daß solche Zusammenkünfte geeignet sind, das Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Kollegen zu stärken und erzieherisch auf dieselben zu wirken. Diese Gedanken waren für die Koburger maßgebend, und in diesem Sinne wurde auch von der Bezirksversammlung die Abhaltung eines thüringisch-fränkischen Buchdruckerstages beschlossen. Um so mehr mußte es auffallen, daß gerade die Kollegen aus dem Bezirke Koburg an dem Feste sich nicht so zahlreich beteiligten, wie man es eigentlich hätte erwarten müssen.

Die Koburger aber haben sich keine Mühe verdrießen lassen, den bayrischen und den thüringischen Gästen den Auf-

enthalt so angenehm und gemüßlich zu machen, wie es eben einem kleinen Ortsvereine möglich ist. Das in Buchform ausgeführte Festprogramm, dem gleichzeitig ein Führer von Koburg angehängt war, haben die Druckereien F. Colbacht („Koburger Tageblatt“) und A. Kofstetter in dankenswerter Weise kostenlos hergestellt. Hierbei sei noch dankend erwähnt, daß der Umhlag von D. Hecht (Nürnberg) und das Papier von Ferdinand Flürsch (Leipzig) gratis geliefert wurden.

Bereits am Pfungstsonnabend war mit den Abendzügen ein großer Teil der Festgäste eingetroffen, so das Doppelquartett des Würzburger Kollegengangsvereins, die „Typographia“ aus Bamberg und eine Anzahl Nürnberger und Hildburghäuser Kollegen. Und so zeigte bald der Festkommerz im kleinen Saale der „Aktienbierhalle“ eine recht stattliche Anzahl fröhlicher Menschen. Daß auch Damen dem Kommerz mit bewohntem, trug allgemein zur Erhöhung der Feststimmung bei. Den abendlichen Ausgestaltung des Festes füllten eckig gezielte Musikstücke der gemauerten Koburger Stadtkapelle, Viedervorträge der „Graphia“ (Koburg), „Typographia“ (Bamberg) und das Würzburger Doppelquartett aus. In die heiterste Stimmung versetzte Kollege S. S. (Würzburg) die Anwesenden durch seine schneidig vorgetragenen Couplets, während ebenfalls ein Würzburger Kollege, S. C. A. B., durch einige Sololieder mit seiner angenehmen Baritonstimme die Zuhörer erfreute. Eine freudige Überraschung bereitete die Bamberger Kollegen, mit denen die Koburger seit langem eine engere Freundschaft verbindet, mit der Überreichung ihrer gärtnerischen Erzeugnisse, die sinnreich zu einem Kranz verbunden waren.

Herrliches Wetter, wie am Sonnabend, vereinte die Gäste, nachdem am Pfungstagnamen die übrigen auswärtigen Kollegen noch eingetroffen waren, zu kleineren Spaziergängen.

Schon zu 10 Uhr früh am ersten Pfungstfesttage war der Festakt vorgelesen. Eingeleitet wurde dieser durch den Vortrag „Gutenberg“ von Kayser. Der von etwa 150 Buchdruckerlehren unter der Leitung des Dirigenten der Koburger „Graphia“, Oberlehrer Friedner, ausdrucksvoll gesungene Gesangsthor schallte feierlich in die großen Räume des Festsaals der „Aktienbierhalle“ hinein. Nach kurzen Begrüßungsworten des Bezirksvorsitzenden wurde betrat Kollege Engelbrecht (Leipzig), der in lebenswärtiger Weise die Festrede übernommen hatte, das Rednerpult. Zunächst die früheren Landmannschaftstagen berührend, wies er darauf hin, daß der thüringisch-fränkische Buchdruckerstag von gewisser historischer Bedeutung sei, denn Pfungsten 1848 tagte in Mainz zum erstenmal ein Buchdruckerparlament und Pfungsten 1866 wurde in Leipzig unser Verband gegründet. Dann ging Redner kurz auf die Bewegungen von 1891 und 1896 ein, streifte die Kassenvereinigungen unserer Organisation, die er als eine Führgesamtheit und als Vorbild für die „anderen Gewerkschaften“, und kam auf die Solidarität der Buchdrucker zu sprechen. Keine andere Organisation könne sich rühmen, ähnliche Zusammenkünfte wie den thüringisch-fränkischen Buchdruckerstag zu veranstalten. Dies zeuge eben von der Geschlossenheit und dem Körpergeist der Buchdrucker. Indem Redner die Kollegen noch ermahnte, auch in erster Zeit treu und fest zum Verbands zu halten, schloß er mit einem Hoch auf die Solidarität seine mit stürmischen Beifall aufgenommenen Rede. Nachdem noch Kollege F. Palm (Weimar) die Glückwünsche des Gaus Osterland-Thüringen übermittelte hatte, erreichte gegen 12 Uhr der Festakt sein Ende.

Nachmittags fanden sich die Festteilnehmer in verschiedenen Abteilungen zu Spaziergängen in die nähere Umgebung Koburgs zusammen. Recht zahlreich beteiligten sich die Kollegen an dem durch herrlichen Wälderwald führenden Ausflug nach Schloß Rosenau. Köstlich war es anzusehen, wie trotz der Hitze die Jünger Gutenbergs, namentlich einige Würzburger Kollegen, mit stiller Resignation die anderthalb Stunden Wegs munter vorwärts schritten.

Den Höhepunkt der ganzen Veranstaltung bildete das Festkonzert am Abend. Bereits um 8 Uhr war der Festsaal der „Aktienbierhalle“ dicht gefüllt von Kollegen und Gästen. Und alle, die gekommen waren, sie wurden in ihren Erwartungen nicht getäuscht. Gleich die muster-gültig vorgetragenen Musikstücke der Stadtkapelle festelten die Zuhörer derart, daß bald eine große Feststimmung Platz griff. Nach einem vom Herzoglichen Schauspielereichel verfaßten und schmunzvoll vorgetragenen Prolog, der in humoristisch-satirischer Weise die Buchdruckerkunst feierte, und einem von dem festgebenden Vereine vorgetragenen „Frühlingslied“, sang die „Typographia“ (Bamberg) mit warmem Empfinden „Wie kommt' ich dein vergessen“ von Zier. Einen feierlichen Eindruck hinterließ die von den drei Kollegengangsvereinen Bamberg, Nürnberg und Koburg vorgetragene „Symne“ vom Herzog Ernst von Koburg-Gotha mit Orchesterbegleitung. Und nun folgten — einem fröhlichen Gesangswettbewerb gleich — die Männerchöre „Fisch mit“ von Angerer und „Am Blumenstein“ von Altmann, mit größter Präzision gesungen von der „Typographia“ (Nürnberg), sowie Gesangsvorträge des Würzburger Doppelquartetts. Mit dem Vortrage „Schlaf wohl“ entrieten die Würzburger (Solist Kollege Dodel) nicht endemöglichen Applaus, so daß sie immer und immer wieder ein Lied zugeben mußten. Im weiteren Verlaufe des Abends folgten Ansprachen der Kollegen Engelbrecht (Leipzig) und Reinert (Nürnberg) sowie Musikvorträge und Gesangsvorträge der Bamberger und Koburger Kollegen. In humoristisch-witkender Weise überreichte die „Typographia“ (Nürnberg) dem Koburger Brudergangsvereine vier Bierkrüge, welche von dem Stimmführern mit großer Freude entgegen-

genommen wurden. Hierauf fand ein Festball statt, der bis zum frühen Morgen anhielt.

Begrüßungsstelegramme gingen ein vom Magdeburger Buchdruckerfängertag und von der Thüringer Mitgliedschaft. Mit einer Besichtigung der Sehenswürdigkeiten der Stadt Koburg und einem Frühlingshopp an der Feste wurde der zweite Pfungsttag begonnen. Nachmittags um 4 Uhr fand großes Gartenfest in „Kunibachs Restaurant“ statt, das trotz des Margaretenstags recht zahlreich besucht war.

Im Laufe des Abends verließen die meisten der auswärtigen Kollegen die Feststätte, um ihren heimatischen Gefilden wieder zuzueilen. Die letzten der Festteilnehmer: ein Sachse, ein Thüringer und ein Bayer, saßen aber noch lange in der lauen Ziminadt mit einigen „Festhaften“ Koburgern zusammen, freudig an die froh verlebten Stunden zurückdenkend, bis auch sie das Dampfproß heimwärts führte.

So ist auch der thüringisch-fränkische Buchdruckerstag wie alles im Leben vorübergegangen, und wenn die Teilnehmer beschließen oft und gern an die Tage in Koburg zurückzudenken, dann ist das Festkomitee und sind mit ihm die Koburger Kollegen vollst zurückzudenken. N-1.

Die Wohnungsnot in Deutschland.

Langsam, aber sicher fest sich in Deutschland auch in andern als nur Arbeiterkreisen die Umschauung mehr und mehr durch, daß die industrielle und wirtschaftliche Entwicklung innerhalb der letzten Jahrzehnte für die minder-bemittelte und besonders für die Arbeiterklasse Lebensverhältnisse geschaffen hat, die sich mit den nach außen und von oben beliebten Wohlstandsparaden sehr schlecht in Einklang bringen lassen. Der zweite deutsche Wohnungskongress am 12. und 13. Juni d. J. in Leipzig, der von etwa 700 Personen aus bürgerlichen Kreisen, zahlreichen Regierungs- und Städtevertretern besucht war, und unter dem Ehrenvorsitz des ehemaligen Staatssekretärs v. Posadowsky tagte, ist für diese allmähliche bessere Erkenntnis großer wirtschaftlicher Schattenseiten im deutschen Volksleben ein markanter Beweis.

Die Wohnungsnot in Deutschland, ihre Ursachen und zweckmäßigste Bekämpfung bildete die Hauptgrundlage dieser Tagung. Wir glauben darauf verzichten zu können, unsern Lesern das Vorhandensein großer Mißstände auf dem angeführten Gebiete näher vor Augen zu führen. Was für uns alle mit erspürender Deutlichkeit tagtäglich sichtbar und für den größten Teil unsrer Kollegen selbst am eignen Leibe fühlbar ist, brauchen wir in unsern Verbandsorganen nicht noch des langen und breiten auseinanderzusetzen. Aber mit Genugtuung können und müssen wir es begrüßen, wenn sich im Volksleben immer mehr Kräfte rühren und in die Front stellen, um in der Wohnungsfrage, die auf wirtschaftlichen Gebieten neben jeder der Ernährung die drückendste für die Arbeiter und ihre Angehörigen ist, endlich einmal eine durchgreifende Besserung anzustreben. Ehrliche Versuche, nach dieser Richtung tätig zu sein, hat der zweite deutsche Wohnungskongress in erfreulicher Weise gezeigt. Wenn auch noch viel, viel Wasser ins Meer fließen wird, ehe die auf dem Kongresse zu Forderungen verdichteten Wünsche greifbare Gestalt annehmen werden, so bleibt doch das eine bestehen, daß der ganze Verlauf und Abschluß des Kongresses einen festen und guten Willen gezeigt hat, die Wohnungsfrage für das deutsche Volk in bessere Bahnen zu lenken als bisher. Und wo ein Wille ist, da sollte auch ein Weg sein!

Von prinzipiell weittragender Bedeutung für die zukünftige Sozialpolitik nach dieser Richtung war die Eröffnungsansprache des hervorragenden, aber durch Sozialamarillen und Zunkerintrigen von einer Mitwirkung in der Reichsregierung ausgeschalteten Sozialpolitikers v. Posadowsky.

Er begründete es als unerlässliche Voraussetzung für vernünftige Wohnungspolitik, daß zuerst die Ursachen der heutigen Wohnungsnot für das arbeitende Volk rückstandslos beseitigt werden. Da fände man, daß von den großen Kulturländern Europas Deutschland die stärkste Bevölkerungszunahme habe und dieser Zuwachs hauptsächlich auf die Städte, und zwar in erster Linie auf die Großstädte entfalle. Vor hundert Jahren war nur jeder achtzigste Einwohner in Deutschland ein Großstädter, heute schon jeder fünfte. Daraus habe sich eine sehr bedenkliche Entfremdung von der Natur und ungeheure Beeinträchtigung durch die technische Kultur ergeben, die alle Schattenseiten der heutigen Wohnungsnot mit sich brachte. Während man nach den großen Kriegen in Deutschland alle Hoffnungen auf eine fräftige Handelspolitik gesetzt habe, wurden die hygienischen Verhältnisse und Bedürfnisse übersehen und vernachlässigt. Erst mit dem Beginn der Sozialpolitik sei eine Besserung der Lebensverhältnisse und der Lebensbedingungen der unbenittelten Volksschichten möglich geworden. Dabei wurde dann entdeckt, daß viele der Wohnungszustände auf alte Bau- und Verwaltungssünden zurückzuführen sind.

Traurige Wohnungsbilder entrollte der Redner von Berlin. Hier sei im Jahre 1905 über eine halbe Million besserer Wohnungen gezählt, wovon nahezu die Hälfte nur ein einziges heizbares Zimmer hatten. Rund ein Siebentel dieser Wohnungen war ohne Küche und über ein Drittel aller Berliner besetzten Wohnungen hatte sogar nur ein heizbares Zimmer und eine Küche. Von je 100 Kleinwohnungen waren mindestens sieben überfüllt, und auf je 100 in Kleinwohnungen hausenden Menschen hatten 14 schlechte und zu enge Wohnungen.

Selbst in Einzimmerwohnungen fanden sich Schlafgänger und Zimmermieter, und von den Zweizimmerwohnungen waren in 28 Proz. solche zu finden. Ein Rückgang des Geburtenüberschusses und der weiblichen Fruchtbarkeit hänge eng mit der ungünstigen Entwicklung in der Wohnungsfrage zusammen.

Die Tatsache, daß sich trotz jährlicher Vermehrung der deutschen Bevölkerung um 850000 Köpfe eine Zugziehung von ausländischen Arbeitern zur Verdrängung von Erdarbeitern und für die Landwirtschaft nötig mache, während die Arbeitslosigkeit unter den deutschen Arbeitern immer größer werde, führte Graf v. Poladovsky darauf zurück, daß sich in der Bevölkerung eine zunehmende Abneigung gegen schwere körperliche Arbeit zeige. Daß die durchweg niedrige Bezahlung schwerer und unreinlicher Arbeit sowie eine geradezu kulturwidrige Benennung der ländlichen Arbeiter als Ursache der Landflucht oder des „Zuges nach der Großstadt“ schwerer ins Gewicht fallen als die Abneigung gegen schwere Arbeit, ist dem sonst so vernünftigen Sozialpolitiker anscheinend gar nicht beachtenswert erschienen. Doch wollen wir darüber hinwegsehen, da die sonstigen Darlegungen des Redners dieses übersehen ausgleichen. Das trifft besonders auf seine Kritik des Verhaltens der sogenannten besseren Stände zu, von denen er sagte, daß auch weite Kreise der besitzenden Klassen in völliger Verkennung menschlicher Lebensaufgaben glauben, nur in den Großstädten ihr Glück und ihre geistige Befriedigung finden zu können. Dadurch sei eine drückende Überlastung entstanden, die dem Bau von Kleinwohnungen für Minderbemittelte sehr hinderlich ist. Wenn man bisweilen lese, daß in den Großstädten Tausende von Wohnungen leer ständen, so seien das keine Wohnungen für die unteren Klassen. Es stehe fest, daß je geringer die Miete, desto größer die menschliche Belastung auf den Rauminhalt der Wohnung sei.

Als wirksamste Waffe gegen solche Mißstände bezeichnete Poladovsky die Schaffung eines Wohnungsgesetzes, das nicht nur Mindestforderungen für die Herstellung von Wohngebäuden enthalten soll, sondern auch den Behörden das Recht gewähren müsse, Art und Umfang der Benutzung der Wohnräume den Anforderungen von Gesundheit und Sittlichkeit entsprechend zu regeln. Es sei sozialpolitisch und wirtschaftlich falsch, die Arbeiter in weitestgehender Vororte zusammenzubringen, da durch die weiten Wege zur Arbeitsstelle ungeheuer viel Kraft und Zeit verloren gehe. So gut man Bestimmungen über Villendauten erlasse, so notwendig sei dies auch für den Bau von Kleinwohnungen. Besonderen Wert lege er auf den Ausbau des Erbaurechts. Die Wertzuwachssteuer sei für das Reich eine gute Einnahmequelle, daß sie aber die Grundstückspekulation einschränke, glaube er nicht. Er fürchte im Gegenteil, daß in Zukunft der Mieter auch noch die Risiken dieser neuen Grundstücksbelastung zu tragen haben werde. Auf die Mitarbeit der Arbeiter und stillen Gegner der Sozialpolitik sei nicht zu rechnen. Deren Abneigung beruhe auf Charakteranlage. Dem in letzter Zeit öfter laut gewordenen Wunsche, man möge nun einmal mit der Sozialpolitik aufhören, könne er nicht zustimmen. Mit der Handels- und Wirtschaftspolitik wolle man doch auch nicht Schluss machen. Es entständen eben auf allen Gebieten fortgesetzt neue Forderungen, denen man nicht mit verdrängten Armen gegenüberstehen könne. Er schloß seine programmatischen Ausführungen mit dem Witzspruche: Laßt uns Gutes tun und nicht müde werden!

Der Kongreß diskutierte in zweitägigen Verhandlungen sodann noch über verschiedene ausgezeichnete Referate. So z. B. über die Bodenpolitik der öffentlichen Körperschaften, wobei die Notwendigkeit eines Reichsenteignungsgesetzes nach modernen Grundfragen, die öffentlich-rechtliche Aufschiebung von Baugeländen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, die Frage der öffentlichen Körperschaften als Terrainternehmer in der Bodenfrage usw. besonders ausführlich behandelt wurden und zur Aufstellung von Grundfragen führten, die darauf schließen lassen, daß die Wege zu einer praktischen Verwirklichung der bis jetzt nur theoretisch erörterten Pläne immer klarer werden.

Besondere Beachtung verdienen noch die Ausführungen zweier weiterer Redner, des Professors Dr. Fuhs aus Erlangen, sowie des ehemaligen Pfarrers und Reichstagsabgeordneten Naumann, die in einem am Abend des zweiten Kongreßtags abgehaltenen, sehr zahlreich besuchten öffentlichen Versammlung zu hören waren. Der erstgenannte sprach über das Thema „Wohnungsfrage und Staat“, dem er vier sehr treffende Gesichtspunkte unterzulegen wußte, und zwar hygienische, sittliche, allgemeine kulturelle und politische. Er stellte fest, daß je größer die unbebaute Fläche einer Großstadt ist, desto geringer die Sterblichkeit an Tuberkulose sei. Ebenso brachte er klare Beweise für die Behauptung, daß schlechte Wohnungen dem übermäßigen Alkoholgenuß Vorstoß leisten. Die Gedrängtheit des Wohnungswesens bezeichnete er nicht mit Unrecht als die schlimmsten Gefahren in sittlicher Beziehung. Der Staat müsse ferner dafür Sorge tragen, daß der Kulturfortschritt auch einen sozialen Charakter trage und für die Gesamtheit des ganzen Volkes von Nutzen sei. Auch den statistisch nachgewiesenen Rückgang der Militärfähigkeit wußte der Redner in deutlicher Weise auf die Mißstände im Wohnungswesen zum großen Teil zurückzuführen, womit er die politische Seite des Wohnungsproblems betonte. Recht drastisch beleuchtete dieser Redner auch durch einige Beispiele den Größenwahn mancher Hausbesitzer, wovon wir folgenden herausgreifen wollen: In Köln hatte zu ein Hausbesitzer sogar die Kühnheit, in seinen Mietverträgen die Kinderhaltung

zu verbieten und für „Juniüberzahlung“ tausend Mark Konventionalstrafe festzusetzen! Ferner wandte sich dieser Redner sehr scharf gegen eine überspannte künstlerische Kultur, die das Volk in zwei Teile trenne und bei weiterer Zuspitzung sicher zu einem gewaltsamen Ausgange, zu einer schweren Erschütterung des Staatslebens führen müsse. Er beendigte seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit den Worten: „Schlecht fährt ein Volk, dessen Reichtum wächst, dessen Menschenkraft aber verfällt!“

Über das Kapitel „Wohnungsfrage und Industrie“ sprach Reichstagsabgeordneter Naumann. Er fand es sehr merkwürdig, daß noch kein Finanzgenie auf die Idee gekommen sei, die zwei Milliarden Mark, die jährlich von Arbeitern und Angestellten für Wohnungsmieten ausgegeben werden, finanztechnisch zu organisieren. Wohl werde systematisch bei der Anpflanzung von Bäumen, ja sogar bei der Viehhaltung verfahren, aber für die Bedürfnisse des Menschen hätte man noch keine Regelung gefunden. Der politischen Arbeiterbewegung machte er den Vorwurf, daß sie in der Wohnungsfrage bis jetzt viel zu wenig getan, ihr Hauptgewicht auf den Arbeitsvertrag gelegt und den Mietvertrag unbeachtet gelassen habe. Diese Behauptung trifft unser Erachtens nicht das Richtige; denn wir wußten keine politische Partei, die der Wohnungsfrage ungeachtet ihrer vielen anderen schwierigen Aufgaben gleich großes Interesse entgegengebracht hätte als die hier in Frage kommende. Daß der Arbeitsvertrag im Vordergrund steht und stehen muß, ist doch selbstverständlich; denn von ihm hängt in erster Linie die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft ab. Daß auch die Wohnungsfrage ein Brennpunkt geworden ist, schwächt die Bedeutung des Arbeitsvertrags nicht ab, sondern macht sie nur noch wichtiger, weil eben die Schwierigkeiten im Wohnungswesen auf Ursachen beruhen, denen eine einzelne politische oder wirtschaftliche Organisation nicht beikommen kann. Darum konnte bisher auch nur auf die Gestaltung des Arbeitsvertrags das Hauptgewicht gelegt werden, und das wird auch in Zukunft so bleiben, wenn nicht durch zunehmende Einsicht der bürgerlichen Parteien jene Mißstände im Erwerbsleben beseitigt werden, die den Arbeitsvertrag zum Angelpunkte des ganzen Kampfes uns Dasein für die Arbeiterschaft machen. Weil die Ausführungen Naumanns über die Bevorzugung des Arbeitsvertrags zum angeblichen Nachteile für die Wohnungsfrage auch als indirekter Vorwurf für die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft, für die Gewerkschaften, aufgefaßt werden könnten, hielten wir uns verpflichtet, in vorstehendem Sinne Schein und Sein auseinander zu halten.

Trotzdem können wir aber über den zweiten deutschen Wohnungskongreß als Gewerkschafter unser Urteil dahin zusammenfassen: Wenn auch die Zeit der Erfüllung der heutigen vielen Wünsche auf dem Gebiete der Wohnungsfrage noch ziemlich fern ist, so kann der Erfolg des aus allen Bevölkerungskreisen zahlreich besuchten diesjährigen Wohnungskongresses doch als eine gute Bürgschaft dafür betrachtet werden, daß hier es nicht mehr rückwärts, sondern vorwärts geht. Von diesem Standpunkt aus kann besonders die Arbeiterschaft ein lebhaftes Interesse für diese Bewegung besitzen und sie nach besten Kräften unterstützen: in der Bodenreformbewegung, den Mietervereinen und den Baugenossenschaften. -r.

Korrespondenzen.

Bad Kissingen. Auf Veranlassung des Gauvorstandes referierte in unserer Versammlung am 11. Juni Kollege Kemmerich (Würzburg) über die letzte Generalversammlung des Verbandes. Hierzu war der hiesige Ortsverein bis auf ein Mitglied vollständig erschienen, ebenso hatten sich Kollegen aus Hammelburg und Münnerstadt eingefunden. Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe aufs beste und erntete am Schluß seiner Ausführungen von allen Anwesenden großen Beifall. Die in der Diskussion aufgeworfenen Fragen fanden von dem Redner klare Beantwortung.

Guden. In einer außerordentlichen Versammlung am 10. Juni erstattete unser Bezirksvorsitzender Frommenga Bericht über die Verbandsgeneralversammlung in Hannover. Anwesend waren 30 von 32 Kollegen. In zweistündigen Ausführungen gab der Referent einen klaren Überblick über die in Hannover gepflogenen Verhandlungen und gefaßten Beschlüsse. Reicher, wohlverdienter Beifall wurde dem Vortragenden gespendet. In der sich anschließenden Diskussion wurden keine nennenswerten Einwendungen gemacht. Der Vorsitzende Teune stellte fest, daß die Versammlung nach Anhörung des Berichts mit den auf der Generalversammlung gefaßten Beschlüssen sowie auch mit der gefaßten Resolution zur kommenden Tarifrevision vollkommen einverstanden war. Er erwähnte dann noch die Kollegen, fester denn je zusammenzuhaltend, worauf die überaus anregend verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen wurde.

M. Köln. Vor Eintritt in die Tagesordnung der am 10. Juni stattgehabten zahlreich besuchten Ortsvereinsversammlung wütmerte der Vorsitzende Vertreter dem verstorbenen Kassierer des Ortsvereins Mühlheim (Rhein), Kollegen Anton Sander, ehrende Worte der Anerkennung. Zwölf Kollegen wurden dem Gauvorstande zur Aufnahme empfohlen. Kollege Vertram gab sodann in fast zweistündigem Referat ein großzügiges und aufklärendes Referat über die Tagung unfres Verbandsparlamentes in Hannover. Reicher Beifall lohnte den Redner. Auf Antrag wurde das Referat ohne

Diskussion und unter Zustimmung zu den in Hannover gefaßten Beschlüssen zur Kenntnis genommen. Bei der nun vorgenommenen Neuwahl des ersten Vorsitzenden an Stelle des mit dem 1. Juli den Posten eines zweiten Gauvertretertrats tretenden Kollegen Vertram wurde der bisherige erste Schriftführer Mojs, gewählt, welcher dem scheidenden Vorsitzenden, der sechs Jahre das Amt des Ortsvereinsvorsitzenden bekleidete, ehrende Worte des Dankes und der Anerkennung widmete und ihm herzlich Wünsche für seinen neuen Wirkungskreis entbot. Nachdem noch Ergänzungswahlen zum Ortsvorstande vollzogen waren, wurden 14 Kollegen als Kandidaten zu Mitgliedern des Gauvorstandes aufgestellt, von denen sechs zu wählen sind.

Münster i. Westf. Zahlreich war die Beteiligung der Kollegen anlässlich des Verbrüderungsfestes der Gesangsvereine „Typographia“ (Osnaabrück), „Graphischer Gesangsverein“ (Wielefeld) mit der „Typographia“ (Münster) in der Feste Münster. Nach Empfang der auswärtigen Kollegen am Bahnhofe ging es gemeinsam nach dem Vereinslokale. Hier entbot nach einem Begrüßungsliede der Vorsitzenden der „Typographia“ (Münster) den Erschienenen ein herzlich willkommen, dem sich warme Worte der Kollegen Meißner (Münster), Benz (Wielefeld) und Rames (Osnaabrück) anschlossen, welche von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen wurden. Hierauf dankten die Vorsitzenden der erschienenen Brudervereine, nachdem auch ihr Begrüßungslied verklungen war, mit kernigen Worten für die Einladung, der sie gern gefolgt seien und überreichten zur Erinnerung dessen je ein Geschenk, das mit Dankesworten vom Vorsitzenden Willb und großem Beifalle der Versammelten entgegengenommen wurde. Bei der sich hieran anschließenden Mittagstafel sorgte Kollege Fiegnér (Wielefeld) durch seinen humoristischen Vortrag für die nötige Veranung, auch das Tenor solo des Kollegen Zuttsche (Wielefeld) fand allgemeine Anerkennung. Nachmittags folgte ein Besuch des Zoologischen Gartens, wozu die Direktion des Gartens in dankenswerter Weise eine Preisermäßigung hatte eintreten lassen. Den Schluss des ersten Pfingsttages bildete ein Festkonzert im Theaterlaale des „Zentralparks“, wo sich bei dem gut gewählten Programm bald eine frohe Feststimmung entwickelte. Unser Gauvorsitzer Ullrecht hatte es sich trotz angespannter Tätigkeit der letzten Tage nicht nehmen lassen, unser Auforderung, die Festrede zu dieser Veranstaltung zu übernehmen, Folge zu leisten, um über die Existenzberechtigung und den Nutzen der Kollegenvereine zu unserer Organisation zu referieren. Lang anhaltender, nicht endenwollender Beifall lohnte dem Redner für seinen etwa einstündigen Vortrag. Musikvortrage wechselten mit Liedern der drei Vereine, die durchweg von großer Schulung und Opferfreudigkeit der Gesangsbrüder zu dieser Sache zeugten. Aus der Reihe der Ehre verdient rühmend hervorgehoben zu werden der Chor „Johannismacht“ von Ullmann, der als Massenchor unter der umsichtigen Leitung des Herrn Neuhäus (Münster) gemeinschaftlich von den drei Vereinen zum Vortrag gebracht wurde, wie die Lieberpenden des Quartetts vom „Graphischen Gesangsverein“ und des Doppelquartetts der Münsterischen „Typographia“. Am zweiten Pfingsttage trafen sich die Kollegen morgens zu einem Rundgange durch die Promenade zum „Schloßgarten“, um daselbst den Frühlingschoppen einzunehmen. Auch hier kam bald der echte Humor zu seinem Recht; und nur zu schnell verliefen die frohen Stunden gemüthlichen Beisammenseins. Mit Gesang ging es wieder von da durch die Promenade in das Innere der Stadt, um bei einem Gartenkonzert den frohen Stunden kollegialen Beisammenseins den Abschluß zu geben. Mit dem Versprechen, treu am Bande der Verbrüderung und Förderung des Gesanges zum Nutzen unserer Organisation zu halten, schieden die Vereine voneinander mit dem Wunsche des Wiedersehens im nächsten Jahr in Wielefeld.

Offenburg. Am 11. Juni fand hier eine außerordentliche Bezirksversammlung statt, die gut besucht war. Es waren 47 Kollegen anwesend, und zwar von: Ullern 5, Bühl 14, Oegenbach 2, Haslach 1, Hornberg 2, Reß 3, Offenburg 17, Wolfach 3. Die Tagesordnung enthielt nur den Punkt: „Berichterstattung über die Generalversammlung in Hannover“. Referent war unser Gauvorsitzer Lindenlaub (Freiburg). Er gab uns in etwa eineinhalbstündigen Ausführungen ein ausführliches Bild über die Verhandlungen, wofür ihm reichlicher Beifall zuteil wurde. Von einer Diskussion wurde kein Gebrauch gemacht; ein Beweis, daß sämtliche Anwesenden mit den Beschlüssen einverstanden waren. Ortsvorsitzender Volk sprach dem Referenten nochmals im Namen der Versammlung den Dank aus für die vortrefflichen Ausführungen, worauf dieser in kurzen Dankesworten der Freude Ausdruck gab, daß die Kollegenchaft hierdurch ihren Vertretern das vollste Vertrauen entgegenbringe.

Rundschau.

Ferien! In Berlin bewilligte die Buchdruckerei von Heinrich Feilchenfeld dem älteren Personal vier bis sechs freie Tage.

Eblich verunglückt ist durch einen Eisenbahnunfall der Seher Nikolaus Kasel aus Niederjau bei Trier. Auf der Rückfahrt von einem Sonntagsausfluge von Rodheim nach Gießen stieg ihn der Gut vom Kopfe: Ohne weitere Überlegung sprang K. von der Plattform des Zuges, der in voller Fahrt war, ab, seinem Gute nach. Dabei kam er so unglücklich unter die Räder, daß er unter den furchterlichsten Schmerzen andern Zages starb. Bei einer Segelpartie ertrunken ist der Buchdruckereibesitzer Robert Süde in Berlin.

Die Unterfückung nichttarifreuer Buchdrucker in der Fachpresse blieb im allgemeinen in letzter Zeit erfreulicherweise nur auf die dazu „berufenen“ Organe, den „Arbeitsgeber für das Buchdruckgewerbe“ und die „Deutsche Buchdruckerzeitung“, beschränkt, die ganze übrige Fachpresse hat sich davon ferngehalten. Nun fanden wir aber in der Doppelnnummer 45/46 des „Allgemeinen Anzeiger für Drucker“ ein Inserat, worin eine Buchdruckerei, die zwar aus dem tarifamtlichen Verzeichnisse gestrichen wurde, aber doch tariffrei zu sein vorgibt, einen Gehilfen sucht. Das entbehrt zwar nicht einer gewissen Offenheit, aber es ist eine Vorpiegelung falscher Tatsachen. Denn wenn jemand aus einer Vereinigung ausgeschlossen wird, so muß dafür ein bestimmter Grund vorhanden sein, der ihn der ferneren Mitgliedschaft unwürdig macht. Das trifft auch bei jeder Streichung aus dem Tarifverzeichnisse zu. Darum muß es auch jeder tarifreue Gehilfe oder Prinzipal ablehnen, mit jemand, der aus der Liste der Tarifdruckereien gestrichen ist, einen Arbeitsvertrag abzuschließen. Die Behauptung, trotz Streichung doch tariffrei zu sein, ist eine Irreführung unwillkürlicher und sollte von der auf tariflichen Ordnung setzenden Fachpresse nicht unterstützt werden. Denn bei konsequenter Beurteilung der Dinge müssen sich auch die Kontrahenten der Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe sagen, wer nicht für uns ist, der ist gegen uns.

Eine ganz bedauerliche Begünstigung der Schmutzkonzurrenz durch einen Gehilfen melbet eine Korrespondenz aus Stuttgart in Nr. 47 der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“. Danach soll ein Zuerweinsvorsitzer, der von Beruf Maschinenfabrikant und in unserm Verband organisiert sein will, sich die größte Mühe gegeben haben, eine Druckfahne, deren Herstellungskosten nach amtlicher Berechnung 374 Mk. betragen würden, für 195 Mk., also um fast die Hälfte des gewerblichen Preises billiger, an einen nichttarifreuen Unternehmer zu vergeben und dies Ziel dann auch erreicht haben. Der Betroffene soll sogar einen ortsanfälligen tarifreuen Buchdruckereibesitzer vorher veranlaßt haben, seinen vorher gemachten Kostenausschlag, der sich schon um einen wenn auch geringen Betrag unter jenem des Berechnungsamts bewegte, um etwa 15 Proz. herabzusetzen, um ihm nachher doch das Nachsehen zu überlassen und dem tariffeindlichen billigen Jatoh die Arbeit ins Haus zu tragen. Eine solche Handlungsmethode ist einfach ein Standaß. Wer so aus lauter Vereinsknechterei seinen eignen Beruf und seine Organisationsinteressen schädigt, der kann nicht scharf genug verurteilt werden. Die Grundzüge des Druckpreisariffs, der ohne Zweifel auch für die Bestrebungen der Gehilfenchaft von grundlegenden Bedeutung ist, sind von unsern Organisationsvertretern als berechtigt bezeichnet worden; ferner waren seit Jahr und Tag alle Instanzen unserer Organisation bemüht, in Kollegen- und Mitgliederkreisen dafür Verständnis zu wecken, daß eine gesunde gewerbliche Preispolitik auch die weitestgehende Unterfückung der Gehilfenchaft verdient — und trotzdem sind noch solche Beweise von Unkenntnis, ja direkter Verständnislosigkeit zu verzeichnen! Wir können uns derartige Vorurteile nicht anders erklären, als daß es sich in der Regel nur um Gehilfen handeln kann, für die die Organisation wohl verkehrungstechnisches, aber wenig prinzipielles Interesse hat. Solche werden ja leider unsere Ausführungen ziemlich gleichgültig lassen; trotzdem glauben wir darauf rechnen zu dürfen, daß andre Kollegen, die etwas mehr Verständnis für die ideale und prinzipielle Bedeutung unserer Organisationsbestrebungen haben, nach diesen Ausführungen den Launen und Schwereitäten nach der angegebenen Richtung etwas mehr auf die Finger sehen und nach Möglichkeit dafür Sorge tragen, daß derartige Entgleisungen in unserm Reichen nicht mehr vorkommen. Das erfordert die Ehre und das Ansehen unserer Organisation.

Wegen Urlaubsverweigerung während der Kündigungszeit kam ein Gehilfe mit der Geschäftsleitung in Konflikt und wurde, da er trotzdem das Geschäft verließ, bei seiner Kündigung sofort entlassen. Da der Gehilfe der irrtümlichen Meinung war, er habe während der Kündigungszeit ein gesetzliches Anrecht auf einen täglichen Urlaub von zwei Stunden, um sich nach einer andern Stellung umzusehen, so erhob er Klage beim Gewerbegericht und forderte Lohnentfückigung für die entgangene Kündigungsfrist. Er wurde jedoch abgewiesen mit der Belehrung, daß von einer täglichen Urlaubsgeld während der Kündigungsfrist keine Rede sein könne, vielmehr eine Entscheidung nur von Fall zu Fall getroffen werden müsse. Da er nicht nachweisen konnte, daß er an dem betreffenden Tage sich irgendwo hätte vorstellen müssen, so könne für den Streikfall auch keine andre Auffassung Platz greifen. — Für die Beurteilung der gleichen Frage für tarifreue Gehilfen kommt Absatz 4 des § 10 des Tariffs in Betracht. Danach hat jeder Gehilfe an solcher Orten, wo ein paritätischer Arbeitsnachweis nicht besteht, nach vorhergehender Meldung das Recht, während der Kündigungszeit täglich eine Stunde nach anderweitiger Stellung sich umzusehen; jedoch nur gegen den entsprechenden Abzug von Lohn.

Verweigerung von überstunden kein Entlassungsgrund. Das Gewerbegericht in Berlin sprach einem Buchdruckereiarbeiter den Lohn für acht tägliche Kündigungsfrist zu, weil er ohne Kündigung entlassen worden war, da er sich weigerte, an einem Abend, an dem er ins Theater wollte, überstunden zu machen. Die Firma war der Ansicht, daß das Verhalten des Klägers einer beharrlichen Arbeitsverweigerung gleichkomme und somit zur sofortigen Entlassung berechtige. Das Gericht verurteilte jedoch in der einmaligen Verweigerung der überstunden ein solches Vergehen nicht anzuerkennen und sprach dem Arbeiter die geforderte Entschückigung zu.

Ein Arbeitersekretär wird zum baldigen Antritt für das Arbeitersekretariat in Mainz gesucht. Die Anstellung erfolgt zu den Bedingungen des Vereins Arbeiterpresse. Bewerbungen sind unter Angabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung bis zum 1. Juli mit der Aufschrift „Bewerbung“ an Karl Tiege in Mainz, Zangasse 13, zu richten.

Streikarbeit und Standesehre. Mit der Frage, wie sich der Bund der technisch-industriellen Beamten zur Verhinderung von Streikarbeit durch seine Berufsgenossen stelle, beschäftigte sich kürzlich der rheinisch-westfälische Gantag des genannten Bundes. Nach eingehender Besprechung von Vorparlamenten beim Streik in der „Union“ in Dortmund wurde eine Resolution angenommen, wonach die Mitglieder des Bundes dringend aufgefordert werden, jedes Ansuchen auf Verhinderung von Streikarbeit als mit der Standesehre unvereinbar auf das allerhöchste zurückzuweisen und die strikteste Neutralität in wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiterchaft zu bewahren. Ferner erklärte der Gantag, daß technische Angestellte, die Streikarbeit verrichten, nicht Bundesmitglieder sein können. Bekanntlich haben die „Christlichen“ bei dem Streik im Unionwerke Streikbrecherdienste geleistet, aber von einer Stellungnahme im vorstehenden Sinne hat man von jener Seite noch nichts gehört. Ihre Moral fragt nichts nach Standesehre oder sonst was; ihr fanatischer Haß gegen die freien Gewerkschaften beistigt für sie die Streikarbeit als Sündensühne.

Die Schutzvorschriften für jugendliche Arbeiter, die wir in Nr. 65 in Erinnerung brachten, bedürfen unter Ziffer 2 folgender Berichtigung:

2. Nachtarbeit, d. h. solche zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens ist für jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren gänzlich verboten, daselbe gilt auch für sämtliche Arbeiterinnen; außerdem dürfen sämtliche Arbeiterinnen nach 5 Uhr nachmittags an Vorabenden vor Sonn- und Festtagen nicht mehr beschäftigt werden, die Arbeitszeit für sämtliche Arbeiterinnen darf an diesen Tagen nicht länger als 8 Stunden dauern.

In Nr. 120 des Jahrgangs 1900 findet sich eine ausführliche Erklärung dieser Abänderung der Gewerbeordnung, die seit dem 1. Januar 1910 Gültigkeit besitzt.

Agitation im Reichstuhle gegen die freien Gewerkschaften wird nicht nur von einzelnen über-eifrigen Geistlichen bei Mitgliedern oder deren Angehörigen unserer Organisation versucht, sondern auch bei Mitgliedern anderer freien Gewerkschaften, wie wir in Nr. 23 des „Grundstein“, Organ des Verbandes der Bauarbeiter, lesen konnten. Es heißt da: „Schon wieder liegen uns zwei Klagen und zugleich Verwahrungen gegen Geistliche vor, die anstatt sich auf ihr kirchliches Amt zu beschränken, die Bekämpfung unserer Organisation als ihre Aufgabe ansehen. In Wilgen betreibt der katholische Geistliche die Verhinderung unserer Organisation schon seit der Aus-sprechung. Er beschränkt sich nicht darauf, vor der Anstalt herab Streikbrecher zu werben, sondern er veranstaltete auch Versammlungen, in denen er gegen uns auftrat. Was Geistes sind der Herr ist, geht aus dem Angriffe hervor, den er gegen unsern Kollegen Bömelburg richtete. Dieser feil sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, sagte er, und diese wollten nur, daß ein die Wratwürste zum Krmel herausgucken, damit man nur immer ab-beißen brauchte! Aber auch im Reichstuhle sucht der Herr unsere Organisation zu bekämpfen. Wenn er bei unsern Kollegen selbst nichts erreicht, dann sucht er deren Frauen anzuführen, wodurch er natürlich das Familien-leben unserer Kollegen stört. Vielleicht ergoht es ihm dabei aber doch einmal ebenso, wie es andern Geistlichen bei ihrer Einmischung in gewerkschaftliche Angelegenheiten auch schon ergangen ist, indem sie durch ihr Verhalten den kritischen Geist unserer Kollegen wecken und sie aus der Kirche hinaustrieben. In Schneidemühl hat, wie man uns mitteilt, der Probst Reiz durch seine Agitation im Reichstuhle dieses Ziel glücklich erreicht. Als ein Kollege von uns als guter Statist seinen österlichen Pflichten nachkommen wollte, fragte ihn der Probst nach seiner Verbandszugehörigkeit. Als unser Kollege erwiderte, er gehöre dem Deutschen Bauarbeiterverband an, sagte der Geistliche: Treten Sie erst aus diesem Verband aus und kommen Sie nach 14 Tagen wieder, dann erhalten Sie die Losprechung! Unser Kollege erklärte sofort, er trete aus unserm Verbands nicht aus und mit der Kirche sei er in Zukunft fertig. Das war sehr klug und mannschaft von ihm und auf den Geistlichen hatte es eine sehr gute Wirkung. Als der Probst etwa 14 Tage später einen andern Kollegen ebenso behandelte, verbat sich dieser jede Politik und Agitation im Reichstuhle ganz energisch. Er hatte den Erfolg, daß ihm die Los-sprechung sofort erteilt wurde. Unsere Berichterstatter sind nun der Meinung, daß der Probst von seiner vorgefetzten Behörde eine derbe Rüge erhalten möchte. Die wird er ja nun sicherlich nicht erhalten. Dies ist aber auch unsers Trachtens gar nicht nötig. Mögen sich unsere Kollegen selbst schämen, indem sie den Verkehr mit Geistlichen, die sich solche Übergriffe zuschulden kommen lassen, einfach aufgeben!“

Fraktur oder Antiqua über die in jüngster Zeit viel diskuterte Frage „Deutsche oder lateinische Schrift?“ hatte die Redaktion der „Unschau“ eine Rundfrage bei Augenärzten veranfaßt, damit auch die medizinischen Sachverständigen bei dieser Frage zu Worte kämen. Von 32 befragten Leitern von Augenkliniken an deutschen, österreichischen und Schweizer Kliniken haben 17 ge-antwortet, von denen 15 für Einführung der Antiqua eintreten, während zwei sich als Anhänger der Fraktur bezeichnen.

Verschiedene Eingänge.

„Würzburgs Straßen und Bauten“. Ein Bei-trag zur Heimatkunde von Thomas Memminger. Preis broschiert 3 Mk., elegant gebunden 4 Mk. Zu beziehen durch Memmingers Verlagsanstalt in Würzburg.

„In Freien Stunden“, Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 69. XV. Jahrgang, Heft 14—19. Preis pro Heft 10 Pf.

Gestorben.

In Dortmund am 10. Juni der Seher Karl Schnel-ler, 10 Jahre alt — Schwindludst.

In Düren am 12. Juni der Drucker Theodor Wolkin, 34 Jahre alt.

In Gaildorf (Württ.) der Buchdruckereibesitzer Ger-mann Schwend, 63 Jahre alt.

In Siegen am 12. Juni der Seher Nikolaus Rasel aus Niederjeuz, 27 Jahre alt — Unfall.

In Halberstadt am 8. Juni der Seher Johann Sonntag, 23 Jahre alt.

In Heidelberg am 9. Juni der Seher Karl Mühl-städ, 20 Jahre alt — beim Baden ertrunken.

In Heilbronn der Seher Otto Renghammer aus Hedargartach, 26 Jahre alt — Herz- und Lungenleiden.

In Mülhausen am 7. Juni der frühere Buchdruckerei-besitzer Eugène Racine, 62 Jahre alt.

In Mülheim a. Rh. am 9. Juni der Maschinenseher Anton Sander aus Ratingen, 36 Jahre alt — Blei-vergiftung.

In Radebeul am 9. Juni der Buchdruckereibesitzer Oskar Schlenker, 53 Jahre alt.

In Speier am 11. Juni der Drucker Anton Böffel von dort, 54 Jahre alt.

In Stuttgart am 4. Juni der Seher Albert Vogel aus Degerloch, 34 Jahre alt — Herzlähmung.

In Wittenberg am 11. Juni der frühere Faktor, jehe Invalide Hermann Richter aus Schmiedeberg, 56 Jahre alt.

Briefkasten.

U. A.: Diese Maschinen gegen den Tarifamts-sekretär sind allerdings der Gipfel der Gemeinheit. Das können nur solche patentierte Christen fertig bringen. Selbst Prinzipale haben uns gegenüber schon ihre Ent-rüstung über diese Erbärmlichkeiten ausgedrückt. — G. A.: Für Mitteilungen besten Dank. Wir sind ganz genau über diese Angelegenheiten orientiert und wissen daher auch, daß dieser Wubensstreik gegen Schließ direkt auf die christlichen Gewerkschaften zurückzuführen ist. Bis zur überendeten Nummer werden wir noch mehr Material gegen dieses Ottergezücht besitzen. Dann kann es erst ein Donnerwetter geben! Die übrigen Punkte werden en passant mit erledigt und das gewiß. Was mit andern Kollegen noch an Wünschen geäußert ist in dieser Richtung, läßt sich wirklich nicht ermöglichen. Wir mühten uns ja fortgesetzt mit diesen traurigen Kerlen herum-schlagen. Dazu fehlt uns begrifflicherweise nicht nur die Neigung, sondern hauptsächlich der Raum, der durch die Generalversammlungsberechtigterstattung wie durch die Gantagsberichte stark beengt ist, trotz des großen Umfangs der Nummern gegenwärtig. Fredl. Gruß! — G. A. in D.: Für diesmal ja spät, weil schon am 14. begonnen. Also nächstes Mal. Da stark beschäftigt, folgt Antwort erst in einigen Tagen. — W. S. in Hannover: 1. Es ist dies Schrift Nr. 7, das Pamphlet kostet 75 Pf. netto; gute Verdanung! 2. Der betreffende Haupt- und Staatsver-brecher erklärt Ihnen rund heraus, daß er so etwas nie wieder in seinem Leben tun wird, auf der einen Seite der lieben Eitelkeit wegen, auf der andern wegen dem Reide der heillosen Masse. Serus! — U. in Aschaffenburg: Die „Gewerkschaftstimme“ wird auch aus der uns bekannten christlichen Quelle gespeist. Den Erguß können wir bereits, werden aber bei der noch in Aussicht stehenden Verfolgung diesen Leuten einen Denk-zettel über ihre Verlogenheiten verabsolgen. — A. in Schwerin und J. in Kiel: Wir müssen Ihnen das Lob äußerst prompter Berichterstattung von Ihren Gantagen ausstellen, die Ausnahme in dieser Nummer war aber doch nicht zu bewerkstelligen. Wir setzen uns bei dem großen Stoffandrang schon gezwungen, den Turnus der Bildenbergschen Artikel zu unterbrechen. — F. G. in Speier: 2 Mk. — F. S. in Kolmar: 1,85 Mk. — W. A. in Düren: 2,15 Mk. — U. S. in Gießen: 1,85 Mk.

Trotz der ständigen Hinweise (zuletzt in Nr. 64), daß innerhalb einer Woche die Verkände über Verammlungen oder kollegiale Veranfaßaltungen einzufenden sind, wird kaum zur Hälfte von den Ein-sendern danach gehandelt. Das Vermöhen einzelner Berichterfater ist aber anzuerkennen, denn es sind uns sogar schon Gantagsberichte innerhalb drei Tagen zu-gegangen. Den Säumigen jedoch sei bedeutet, daß die Redaktion künftig in verpöbten Fällen von ihrem Ablehnungsrechte Gebrauch machen wird. Nur der Umstand, daß bei der gegenwärtigen Hochflut von Verammlungsberichten die Aufnahme auch bei acht-seltigem Umfang sich nicht immer sogleich ermöglichen ließ, bewahrte eine ganze Anzahl von Einwendungen vor dem Schicksale der Zurückweisung. Auch erfragen wir, nicht gar zu sehr in den Mannschaften heranzufortzieren, sondern solche Stellen getrost noch einmal ins reine zu schreiben. Es wird uns nicht nur die Arbeit dadurch recht erleichtert, sondern es sind oft auch Irrtümer unter solchen Umständen nicht ausgeschlossen.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13 I.
Fernsprechamt VI. 1119 I.

Bekanntmachung.

Vor Konditionsannahme bei der Firma Bernhard Saalfeld in Stettin ist beim Vorstand anzufragen. Die Firma hat den Tarif nicht anerkannt.
Berlin. Der Vorstandsvorstand.

Sau Schlesien. Bei der Wahl des Gauvorstandes wurden 630 Stimmen abgegeben. Davon erhielten die Kollegen Hugo Fiering als stellvertretender Vorsteher 624, Georg Seeliger als Schriftführer 611, Alfred Richter als Beisitzer 609 Stimmen. Sie sind somit gewählt.

Brandenburg a. S. Der Seiger Otto Köppen aus Brandenburg, zurzeit in Glogau, wird hierdurch zum letztenmal aufgefordert, den hier erhaltenen Vorwurf zum Eintritt einer tariflichen Kondition sofort an W. Jordan, Vereinsstraße 41, einzufenden, widrigenfalls Ausschlussantrag gestellt wird.

Dieffen. Der Seiger Hans Binsmeister aus Ingolstadt (Hauptbuchnummer 87703) wird hiermit zum letztenmal aufgefordert, seine Adresse zwecks Übersendung eines Gelbetrags an B. Noack, Dieffen am Ammersee, Fischerei, gelangen zu lassen.

Kattowit. Der Seiger Julius Maligt, welcher vom 8. bis 30. Mai hier konditionierte, während dieser Zeit sein Verbandsbuch nicht beibrachte und ohne Abmeldung abreiste, wird aufgefordert, sich beim Kollegen Paul Hübenety, Sachsstraße 6, zu melden.

Adressenveränderungen.

Kolmar. Wegen Erkrankung des Kassierers Siegfried sind Gelber an den zweiten Vorsitzenden Joseph Dibierjeon, Engelgasse 16, zu senden.

Strasburg i. El. Gaukassierer: E. Walter, Neuborf i. El., Poligonstraße 21 I.

Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Die Herren Verwalter wollen dem Seiger Georg Blumberg (Hauptbuchnummer 2615) 170 schon bezogene Reisetage zu den Gesamtunterstützungstagen zuschreiben; und dem Seiger Heinrich Weder (Hauptbuchnummer 17293) einen zwölf angerechneten Reisetag von den Gesamtunterstützungstagen in Verrechnung bringen.

Magdeburg. Der Seiger Karl Lange (Hauptbuchnummer 66742), dessen Verbandsbuch seit einigen Wochen hier lagert, sowie der Seiger Johann Karbach (Hauptbuchnummer 84746), für den seit 4. Juni eine Postkarte im hiesigen Bureau, Albrechtstraße 4, part. liegt, werden gebeten, sich beim Verwalter D. Bietzner zu melden.

Weimar. Die Legitimation des Mitglieds E. Kahlow (Hauptbuchnummer 6038, Berlin 5367) ging in Wipolde verloren und wird hiermit für ungültig erklärt. K. erhielt Duplikat ausgestellt.

Versammlungskalender.

Sachsen. Versammlung heute Samstag, den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Parlamentsstraße.

Sarlin. Versammlung Mittwoch, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelstraße 15.

— **Majchinenseker generalversammlung** Sonntag, den 18. Juni, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelstraße 15.

— **Allgemeine Korrektorenversammlung** Sonntag, den 18. Juni, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelstraße 15.

Sonn. Majchinenmeisterversammlung heute Samstag, den 17. Juni, abends 9 Uhr, im „Woffhaus“.

Fraunschweig. Bezirksversammlung Sonntag, den 18. Juni, vormittags 11 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

— **Majchinenseker** Versammlung Sonntag, den 25. Juni, vormittags 10 Uhr, im Hotel „Fürstenthor“, Stabenstraße 9.

Charlottenburg. Versammlung heute Sonntag, den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Woffhaus“, Köpenickerstr. 3.

Eilenburg. Versammlung Dienstag, den 20. Juni, im Gewerkschaftshaus „Zwölfi“.

Essen. Majchinenmeisterversammlung heute Samstag, den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Joh. Schöten, Niebelerstraße.

Frankfurt a. M. Bezirksversammlung heute Samstag, den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den „Feiningerjäten“, Alersheiligenstraße.

Frankfurt a. M. Stereotypen- und Galvanoplastiker, generalversammlung Sonntag, den 18. Juni, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ (Kolleg 4).

Sarlin. Versammlung heute Sonntag, den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Felsenfelsen“, Sonnenstraße 5 I.

— **Wittenberg.** Majchinenmeister generalversammlung heute Sonntag, den 17. Juni, abends pünktlich 9 Uhr, im Restaurant „Plamens“, Kröfstraße.

Leidz. i. B. Versammlung heute Sonntag, den 17. Juni, abends 9 Uhr, im Vereinslokale „Zur Krone“ (Sof. Klein), Siederstraße.

Hohenhausen-Bez. Bezirksversammlung Sonntag, den 18. Juni, nachmittags pünktlich 2 Uhr, in der „Biederhale“ in Göttingen.

Domburg. o. v. B. Versammlung heute Samstag, den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Zum Löwen“.

Kannstatt. Versammlung heute Samstag, den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Glad zum Güterbahnhof“.

Kassel. Vertrauensmännerversammlung heute Sonntag, den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

Köln. Korrektorenversammlung heute Samstag, den 17. Juni, abends 9 Uhr, in der „Klosterbrauerei“, Neufußlocher 1 I.

Kreisfeld. Versammlung heute Sonntag, den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Maab, Wilsenstraße 9.

Kreuz a. Rh. Versammlung heute Sonntag, den 17. Juni, abends 9 Uhr, bei Brodmanns, Oberstraße.

Offenburg. Versammlung heute Samstag, den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Bauerhütte“ (großer Saal).

Reutlingen. Bezirksversammlung Sonntag, den 18. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, in „Leib Bierhale“.

Schwerin i. M. Versammlung heute Sonntag, den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in der „Schafia“.

Stuttgart. Majchinenmeisterversammlung heute Samstag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, im „Hauptpläuter Hof“, Ecke Kangelbach- und Hauptpläuter Straße.

— **Korrektorenkartell** Versammlung (Van Würtemb. Bez.) heute Samstag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, im Nebenraum der „Wagneri Dinstader“, Zähringer Straße.

Sübingen. Versammlung heute Samstag, den 17. Juni, abends pünktlich 8 Uhr, im Lokale „Zum Hanstark“, Eingang von der Kaiserstraße.

Ulm-Neumün. Versammlung heute Samstag, den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Hohentwiel“, Fischerstraße.

Wilmersdorf. Generalversammlung heute Sonntag, den 17. Juni, abends 9 Uhr, im Restaurant Emil Selts, Brandenburgische Straße 69.

Zabrg. Versammlung heute Sonntag, den 17. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im „Hotel Kurel“.

Zuffenhausen. Versammlung heute Samstag, den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Zur Noie“.

Älteres, konkurrenzlos. Lokalblatt, einmal wöch. (17000 S.), 5—6 Mille Inser., etwa 8 Mille Akzidenzen pro Jahr (Industriegebiet Rheinl.), herrl. Lage, vorger. Alters wegen z. festen Pr. von 30 Mille bei Hälfte Anzahlung mit kompletter Druckerlei, elektr. Betriebe, sof. zu verkaufen. Off. unter oder später nach 11. P. L. 1760 durch Haasenst. & Vogler, A.-G., Köln. erb.

Guten redig. energ. Herrn (mögl. Nachfahre) stellen wir zum Besuche der Landwirte als **Kassiererevertreter** bei hoch. Verdienst ein. Offerten nach Halle a. S. Schlichtsch 184. [223]

Lüchtiger

Pinotypeseker

für polnischen Satz wird sofort gesucht.

Berlagsbuchdruckerei „Siarus Polski“ Bochum.

Lüchtiger Maschinenmeister

zuverlässiger Illustrationsdrucker, mit Universalsieger durchaus vertraut, zu sofortigen Eintritt in geschl. Anstaltliche Angebote sind rechtlich an E. A. Wagners Hof- und Universitätsbuchdruckerei, Kreisburg a. B.

Reglettengießer

für Reglettensmaschine in dauernde Stellung möglichst sofort gesucht von der Schriftgießerei Emil Guesch, Berlin SW 29, Weisenaustraße 27. [21]

Geschäftsleiter

gelernter Schriftsetzer in gelehntem Alter, firm in Setzungs- und Werkverlage, mit guten praktischen und theoretischen Kenntnissen, sucht zur Unterstützung des Chefs oder als selbständiger Leiter angesehene Stellung. Gute Charaktereigenschaften, prima Referenzen. Werte Offerten unter F. B. 196 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Lüchtiger Seker

25 Jahre alt, in allen Sabarten erfahren, sucht sofort dauernde Stellung, event. als Metzger. Werte Off. u. B. A. 221 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Technikum für Buchdrucker

Leipzig-R. 280. Bildungsstätte für Söhne von Buchdruckern, welche sich für leitende Stellungen vorbereiten wollen. — Vorbereitungskurs für die Meisterprüfung. — Man verlange Prospekt.

Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

JOHANNISFEST

Sonntag, 18. Juni, im „Forstthof“ (Steilshop), Fuhsbütteler Straße.

Beginn 3 Uhr nachmittags.

Quittungsbücher sind unbedingt vorzuzeigen.



Gegründet 1889
Jährlicher Versand über 25000 Uhren



Über Hunderttausend Kunden
Viele Tausende Anerkennungen



Auf Teilzahlung

liefern die besten Uhren und Goldwaren, Sprechmaschinen, Photographischen Apparate, Musikwerke, Geschenkartikel.



Jonass & Ko., Berlin G. 407
Belle-Alliance-Strasse 3

Lieferant des Deutschen Beamtenbundes
Katalog mit über 4000 Abbild. gratis und franko



MEYs Stoffwäsche

(Kragen, Manschetten, Vorhemden)

aus der Fabrik von Mey & Edlich in Leipzig-Plagwitz

ist der beste Ersatz für Leinenwäsche.

Mey's Stoffwäsche besteht aus Karton, der mit leinenähnlich appretiiertem Schirting bezogen ist, wodurch sie dem Aussehen der Leinenwäsche täuschend gleicht. Die Anschaffungskosten sind nicht höher, als der Preis für Waschen und Bügeln leinener Wäsche beträgt. Dabei vermeidet man alle Unannehmlichkeiten, die beim Gebrauche von Leinenwäsche unausweichlich sind. Vielmehr trägt man stets neue, tadellost sitzende Wäsche von höchster Eleganz, die sich auch bei vermehrter Transpiration aufs beste bewährt.

Die Wäsche wird in den modernsten Formen in weiß und farbig angefertigt.

Ein einmaliger Versuch führt zu dauernder Verwendung!

Mey's Stoffwäsche ist fast überall erhältlich, kann aber auch direkt bezogen werden von

Versandgeschäft Mey & Edlich in Leipzig-Plagwitz.

Illustrierte Preisliste auf Verlangen kostenfrei.

SCHRIFTGIESSEREI BRÖTZ & GLOCK

Frankfurt am Main - Bockenheim

empfehlen ihre modernen Schriften, Einlassungen und Vignellen zu günstigen Konditionen. Komplette Einrichtungen

Güte in allen Beisätzen bei Weidner.

Für Johannisfeste geeignete Gutenberg-Ansichtskarten in gediegener Ausstattung, 100 Exempl. gemischt für 4,50 Mk. portofrei gegen Vereinsendung des Beitrags liefert Kollege A. M. Watznik, Allenburg, S.-A.

Magenleiden! Stahlverstopfung! Hämorrhoiden!

kann man selbst heilen.

Auskunft ert. kostenlos gerne an jedermann Kranken- schwestern Marie, Nicolaistr. 6 Wiesbaden. C. 105.

Arbeiten aus der Praxis.

Mappe 1: Briefbogen und Kuverts, 1 Mt und 20 Pf. Borte.

Mappe 2: Weis- und Eisenkarten, Geschäftskarten, 1,25 Mt und 20 Pf. Borte. — Gegen Vereinbarung oder Nachnahme des Betrags zu beziehen von W. Diepenschneider, Braunschweig I. [226]

Anhang zum Tarife, von Konrad Eichler. Preis des Exemplars 10 Pf. (3 Pf. Borte). Bestellungen nehmen die Herren Verbandsämter für ihre nähere sowie G. G. 256 (4. Leipzig, Salomonstraße 8, entgegen.

Am 12. Juni verstarb nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Maschinenmeister

Theodor Woltin

im Alter von 84 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm der Buchdruckmaschinenvereine Dürren (Rheinland). [220]

Infolge eines Unfalls verstarb am 12. Juni unser lieber Kollege, der Schriftsetzer

Nikolaus Kasel

aus Niederjeutz, im Alter von 27 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm 223) Der Bezirksverein Gießen.

Nachruf!

Am 12. Juni verstarb nach kurzem, aber schwerem Leiden infolge eines Unglücksfalls unser lieber Kollege, der Setzer

Nikolaus Kasel

aus Niederjeutz bei Friedr. im 27. Lebensjahre. Sein offener und ehrlicher Charakter wird ihm das Andenken der hiesigen Kollegenschaft bewahren.

Der Vorstand des Ortsvereins „Typographia“ Gießen. [225]

Am 11. Juni verstarb unser wertiges Mitglied, der Maschinenmeister

Anton Löffel

von hier im 64. Lebensjahre.

Am 12. Juni folgte ihm seine Ehefrau. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihnen 219) Der Bezirksverein Speler a. Rh.

Adressen für Zusendungen

an den Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer:

für Kräfte, Werkz., Genossen und Volkswirtschaftliches: Willi Kraß;

Sozialpolitisches, Rundschau und Statistik: Charles Schäffer;

Korrespondenzen, Ausland und Heilketten: Karl Selmsdorf;

Verbandsnachrichten, Inserate, Offerten, Postanweisungen usw.: Georg Böhler;

Kunstlich in Leipzig, Salomonstraße 8. (Fernspr. 14111, Straße und Hausnummer ist stets anzugeben!)